

Erscheint
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Blaty:
bei der Geschäftsstelle 3.50
bei den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Blaty,
in deutscher Währg. 5 M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen:
Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland:
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 30 Gr.
für die Millimeterzeile im (Anzeigenteil 10 Groschen
Reklameteil 25 Groschen)
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 75 Gr.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)



Die Agrarkrise.

Wie eng mit allen Wirtschaftszweigen die Landwirtschaft zusammenhängt, wird im Laufe der letzten Jahre wohl auch denen klar geworden sein, die in einem anderen Standpunkt das Geil erblickt haben. Heute ist es klarer denn je, daß der Produzent und der Konsument in der Hauptsache von der Landwirtschaft abhängt. Das gilt bei uns in Polen mehr wie anderswo. Schreitet die Agrarkrise, die heute die Welt beherrscht, so weiter fort, dann werden alle Bemühungen nichts nützen, dann werden alle politischen Ziele Fragen ohne Inhalt sein. Es handelt sich in Europa um die Gesundheit der Wirtschaft, und die Gesundheit der Landwirtschaft spielt darin die Hauptrolle. Nicht auf ein Land beschränkt sich die Frage der Landwirtschaft, heute beherrscht sie die Welt.

Der Weizen beherrscht nach wie vor die landwirtschaftliche Weltmarktlage, seine Produktion und seine Produktionsbedingungen sind daher kennzeichnend für die landwirtschaftliche Produktionslage der Welt auch in den Ländern, welche, wie Deutschland, nicht hervorragende Weizenanbaugelände sind. Das gemeinsame Merkmal der landwirtschaftlichen Kultur in allen Ländern der Welt ist die Agrarkrise, lediglich die Ursachen und die typischen Auswirkungen sind verschieden. In den Entente-Ländern und den neutralen Ueberflusssgebieten war während des Krieges jeder mögliche Anreiz zur Steigerung der Produktion gegeben worden, und es war dadurch möglich, daß trotz des Ausfalls Rußlands der während des Krieges außerordentlich gesteigerte Brotgetreidebedarf befriedigt werden konnte. Seit der Beendigung des Krieges ist die Aufnahmefähigkeit der Welt für diesen Getreideüberschuß ganz wesentlich zurückgegangen, und es ist dies nicht zuletzt eine Folge der Pariser Friedensdikate von 1919, welche das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet willkürlich zerschlugen. Normalerweise wäre Mitteleuropa seit 1920 durchaus in der Lage gewesen, die Mehrproduktion in Uebersee aufzunehmen, zumal Rußland erst seit dem vorigen Jahre allmählich auf dem Weltmarkt wieder erschien. Infolge der „Friedenspolitik“ der Entente wurden aber die mitteleuropäischen Volkswirtschaften, nicht nur Deutschland, derartig geschwächt, daß auf den Kopf der Bevölkerung auch entfernt nicht die Vorkriegsmenge an Brotgetreide konsumiert werden kann. So ist die Weltagrarkrise mit Ausnahme des mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes die typische Konsumkrise, wenngleich sich im Laufe dieser Entwicklung beispielsweise auch in Amerika ähnliche Verhältnisse wie in Deutschland in Bezug auf das Mißverhältnis zwischen den Preisen landwirtschaftlicher Produktionsmittel und Produkte herausgebildet haben. Das Ende dieser Weltkonsumkrise ist noch nicht abzusehen. Dann nach der augenblicklichen Lage auf dem Weltgetreidemarkt, nach dem Umfange der Anbauflächen in den wichtigsten Produktionsgebieten und nach dem Saatensbestand ist damit zu rechnen, daß man in Nordamerika mit großen alten Vorräten, die sich etwa auf das Doppelte der vorjährigen Menge belaufen dürften, in das neue Erntejahr hineingehen wird. Der Saatensbestand in Amerika ist ebenfalls gut, und in der Anbaufläche ist sogar trotz der eifrigen Propaganda für eine Einschränkung des Weizenanbaues eine geringe Zunahme gegenüber 1923 zu verzeichnen, wenn auch der Umfang von 1921 und 1922 nicht voll erreicht wird. In Kanada liegen die Verhältnisse ähnlich, ebenso in Argentinien. In Europa ist nicht nur in Deutschland die Vegetation allenthalben noch im Rückstand, jedoch sind sonst die diesjährigen Ernteausichten nicht unter dem Durchschnitt. Lediglich Rußland dürfte wohl sicher keinen Fortschritt gegenüber 1923 zu verzeichnen haben, trotzdem nach Angabe der Sowjetbehörden die Anbaufläche bereits wieder 74% der Vorkriegszeit umfaßt. Durchaus pessimistisch sind vorläufig die Nachrichten nur aus Indien, aber auch hier kann sich bis zur Ernte noch manches ändern, außerdem kommt Indien nicht irgendwie ausschlaggebend für den Getreideweltmarkt in Betracht.

Ganz anders ist es in Mitteleuropa, vor allem in Deutschland, wo die Agrarproduktion erst jetzt die Nachwirkungen der Produktionshemmungen während der Kriegszeit in vollem Umfange zu spüren bekommt. Hier ist es noch nicht gelungen, den Produktionsstand der Vorkriegszeit für landwirtschaftliche Produkte zu erreichen, während andererseits landwirtschaftliche Produktionsmittel um rund 50% das die landwirtschaftlichen Produktionsmittel um rund 50% das Vorkriegspreisniveau überschreiten. Daß dieses Mißverhältnis bis jetzt Bestand haben konnte, trotzdem der Ernährungsbedarf aus der eigenen Landwirtschaft nicht voll gedeckt werden kann, ist auf trockenen Boden ein Mangel an Nahrungsmitteln besteht, ist auf einmal die Verarmung Mitteleuropas, zum anderen aber in Deutschland und auch in Oesterreich darauf zurückzuführen, daß die Grenzen für die Einfuhr von Lebensmitteln völlig offen sind, während andererseits die industrielle Produktion ähnlich wie in der Vorkriegszeit wiederum einen achtbaren Handelswert erzielt. Wenn auch infolge der und zollpolitischen Schutz genießt. Wenn auch infolge der vorhandenen Bedarf zurückbleibt, so läßt doch bereits die Tatsache der einseitigen Öffnung der Grenzen bei Unterbindung jeder Ausfuhrmöglichkeit für landwirtschaftliche Produkte im Zusammen-

hang mit dem Ueberangebot auf dem Weltmarkt einen derartigen Druck auf die landwirtschaftliche Preisbildung aus, daß es unmöglich erscheinen muß, die Agrarkrise zu überwinden, solange nicht in Handels-, Zoll- und Verkehrspolitik ein einheitlicher Schutz für die gesamte Arbeit geschaffen wird. Unter diesem Gesichtspunkt versteht man auch die außerordentlichen Bedenken der Landwirtschaft gegen eine Durchführung der Vorschläge der Ententesachverständigen, die in den letzten Beratungen des Deutschen Landwirtschaftsrates in Bremen unter Beteiligung des Reichsernährungsministers und des Reichsfinanzministers ihren verantwortlichen Ausdruck gefunden haben. So sind auch die insbesondere von der Großdeutschen Volkspartei in Oesterreich mit viel Geschick geführten Auseinandersetzungen über einen autonomen

Zolltarif für Oesterreich zu verstehen. Man darf nicht vergessen, daß in ganz Mitteleuropa mit Einschluß der Tschechoslowakei die Landwirtschaft den größten in sich geschlossenen Berufsstand darstellt, der zugleich der größte Produzent und Konsument innerhalb der Volkswirtschaft ist.

Wenn es also nicht gelingt, die landwirtschaftliche Produktion in Mitteleuropa wieder rentabel zu gestalten, die Agrarkrise schnell zu überwinden, so ist eine unausweichliche weitere Verarmung und Einschränkung der mitteleuropäischen Wirtschaft die sichere Folge; dann helfen auch alle technischen und finanziellen Maßnahmen, wie sie der Sachverständigenbericht in Vorschlag bringt, nichts, dann steuert ganz Mitteleuropa in das wirtschaftliche Chaos hinein.

Ist das Einsicht oder Ironie?

Der neue Delegierte für Genf. — Ein seltsamer Artikel der „Gazeta Warszawska“. — Die aufstrebenden Linksparteien. — Ein Programm des „Dziennik Berlinski“. — „Unsere Organisationsarbeit nimmt zu!“

Der „Przegląd Poranny“, ein in Posen erscheinendes Linkorgan, das von den Nationaldemokraten und besonders vom „Kurjer Poznański“ sehr bekämpft wird, veröffentlichte vor einigen Tagen einen Artikel, der sich mit der Nationaldemokratie in Polen beschäftigt. Es ist nämlich eine etwas bemerkenswerte Schwankung scheinbar eingetreten. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ beschäftigt sich mit dem neuen Delegierten zum Völkerbund, Herrn Strzyski, und äußert auf einmal so merkwürdige Ansichten über die Wichtigkeit des Völkerbundes, die wir immer vertreten haben. Man hat bereits vergessen, in welcher Weise man den Völkerbund in diesen nationalistischen Kreisen angegriffen hat, man hat vergessen, daß man sich über den Völkerbund hinwegsetzen wollte.

Und nun dieser Artikel, der vom „Przegląd“ mit treffenden Bemerkungen versehen wird. Welche Taktik will nunmehr die Nationaldemokratie verfolgen? Ist das Ironie oder eine Wandlung? Wir können nicht glauben, daß diese so stark öpfigen Kreise eine solche Wandlung durchgemacht haben! Wir glauben, daß dieses merkwürdige neue Programm doch vielleicht nicht so gemeint ist.

Der „Przegląd Poranny“ schreibt: „Die Ernennung Alexander Strzyskis, des früheren Außenministers im Kabinett des Generals Sikorski, zum ständigen Delegierten Polens zum Völkerbund hat der „Gazeta Warszawska“, dem Hauptorgan der Nationaldemokratie, Anlaß gegeben, einen Artikel zu schreiben unter dem Titel: „Unsere Politik in Genf“. Dieser Artikel weicht durch seine Sachlichkeit und Nichtbeachtung von den gewöhnlichen bestimmlungen Stimmungen einer ganzen Reihe anderer Blätter derselben Partei, darunter auch des „Kurjer Poznański“, so sehr ab, daß es sich ziemt, getreue Auszüge aus diesem Artikel an dieser Stelle anzuführen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sie vielleicht auf diesem Wege leichter zu den nationaldemokratischen Mätern finden, wenn nicht auf direktem Wege, d. h. durch den Abdruck des ganzen Artikels der „Gazeta Warszawska“ und die Zustimmung ihres Gesichtspunktes. Andererseits aber zeigt der Artikel der „Gazeta Warszawska“ noch einmal, wie heuchlerisch der Standpunkt des ganzen Lagers der Nationaldemokratie in politischen Fragen ist, und wie oft richtige Theorien von ihr so fatal realisiert werden, daß sie alle Merkmale bewaffneter Schädlichkeit tragen. Wir bitten also, das, was die „Gazeta Warszawska“ über unser Verhältnis zum Völkerbund schreibt, durchzulesen und es zu vergleichen damit, was das Lager der Nationaldemokratie in der Völkerbundsfrage getan hat.

Die „Gazeta Warszawska“ schreibt: Für einen Realpolitiker rückt die Tatsache in den Vordergrund, daß der Völkerbund besteht, daß er sich einen bestimmten Wirkungsbereich geschaffen hat und ein wirklicher Faktor in der europäischen Politik geworden ist. Im übrigen muß man einen bestimmten Standpunkt einnehmen und auf seinem Terrain eine konsequente Politik treiben.“ Das Blatt spricht dann von den Staaten, die „in vielen Angelegenheiten vom Völkerbund abhängig“ sind, und fügt hinzu: „Zu diesen Staaten gehört Polen. Viele Fragen, die sich aus der Erfüllung des Versailleser Vertrages und des Vertrages über die Minderheiten ergeben, veranlassen den Völkerbund, sich mit uns zu beschäftigen. Und diese Angelegenheiten erfordern ständige und beharrliche Beaufsichtigung. Nützlich ist deshalb der Besitz eines ständigen Delegierten in Genf.“

Jeder wird diesen Worten der „Gazeta Warszawska“ recht geben. Aber dann muß gefragt werden, weshalb der frühere Außenminister im Kabinett Sikorski, M. Sedha, den ständigen Delegierten Polens zum Völkerbund kassierte? Weshalb gab man Astenazy die Demission und bestimmte keinen Nachfolger? Stand diese Abberufung im Einklang mit der Verteidigung der Interessen des polnischen Staates? War sie nicht unter dem Gesichtspunkt des Parteiinteresses geschehen?

Die „Gazeta Warszawska“ schreibt weiter, daß die Bedeutung der im Völkerbunde zur Entscheidung kommenden politischen Angelegenheiten groß sei, weshalb auch unsere Auslandsdelegierten zu deren Vorbereitung längere Zeit und langfristigen moralischen Kredit brauchen. Es ist höchste Zeit, daß wir auf unsere Vertreter gegenüber äußeren Instanzen als auf Männer zu sehen anfangen, in deren Hand unsere wichtigsten gemeinsamen Angelegenheiten ruhen, und daß wir ihre Tätigkeit durch eine geschlossene Haltung unterstützen. Und wiederum stimmen wir zu, nationale Meinung unterstützen. Und ihr Lager, das sie vertritt, ob sie die von ihr ausgedrückten Bestrebungen selbst bezieht, ob sie sie Astenazy durch eine geschlossene nationale Meinung unterstützt und ihm langfristigen Kredit schenkt, oder ob sie nicht ständig seine Autorität untergrub, indem sie ihn in ihrer Presse und in Versammlungen angriff? Ist nicht dieselbe „Gazeta Warszawska“ gegenüber anderen Auslandsvertretern dasselbe? Wir erwähnen nur den gegenwärtigen Delegierten Strzyski. Ist also der gegenwärtige Standpunkt der „Gazeta Warszawska“ nicht eine gewöhnliche Beichte früher begangener Sünden? Die „Gazeta

Warszawska“ schließt ihren Artikel folgendermaßen: „Die öffentliche Meinung muß von allen Funktionären des Außenministeriums verlangen, daß sie sich in ihrer Tätigkeit ausschließlich vom Interesse des Staates leiten lassen und alle Rücksichten aus dem Gebiete der Innenpolitik beiseitelegen müssen.“ Zum dritten Male geben wir der „Gazeta Warszawska“ recht und fragen noch einmal, ob Herr Sedha und Herr Zielinski, indem sie Bedenken von ständigen und routinierten Beamten des Ministeriums vor die Tür setzten und an ihre Stelle neue, junge und unerfahrene, aber der Nationaldemokratie sympathische Beamte einführten, sich dabei ausschließlich vom Interesse des Staates leiten ließen? Waren die Parteilegitimationen nicht der Ausdruck dafür, daß man sich auf dem Boden der Außenpolitik von Rücksichten der inneren Politik leiten ließ, was die „Gazeta Warszawska“ so verurteilt. Und endlich noch eine Frage: Sieht die „Gazeta Warszawska“ nicht, welche Ironie über die eigenen Leser der ganze Artikel streift, der berechtigt und verständlich ist, aber in so störender Disharmonie steht mit dem Borgehen der Nationaldemokratie, da sie am Ruder war, auch dann, da sie in der Opposition ist. Eins von beiden: Entweder ist der Artikel der „Gazeta Warszawska“ die Reue für begangene Fehler, oder Spott über nichtern denkende Leute. Etwas anderes anzunehmen, ist hier nicht möglich.“

Der „Dziennik Berlinski“ veröffentlicht eine Rundgebung des Völkungsanschlusses des Polenbundes in Deutschland, im Anschluß an die Bekanntmachung des Wahlergebnisses zum Deutschen Reichstag:

Bei den letzten Wahlen zum Reichstag sind die Polen in Deutschland das erste Mal nach der Revolution gemeinsam an die Wahlurne getreten und haben eigene Kandidaten aufgestellt. Die Dänen, die Sorben und die Friesen schlossen sich uns an. Es schien uns, daß unsere Kräfte ausreichen würden, um Vertreter unserer Interessen im Deutschen Reichstag zu erwerben. Das Wahlergebnis ist befriedigend, obwohl es nicht gelang, auch nur ein Mandat zu erreichen. Mehr als 130 000 Wahlberechtigte haben deutlich dokumentiert, daß sie hinter unser Programm stehen, und daß sie ihre Rechte verlangen. Dies ist eine so beträchtliche Zahl, daß wir bei unseren Bestrebungen stets und überall getrost auf sie werden hinweisen können. Es ist für uns der größte Gewinn aus den Reichstagswahlen. Doch dürfen wir nicht mit Still-schweigen übergehen, daß wir mit der Nichterlangung eines polnischen Reichstagsmandats eine Niederlage erlitten haben. Wir erhielten in keinem Wahlbezirk die nötigen 60 000 Stimmen. Nach unseren Berechnungen hätten wir im ober-schlesischen Wahlbezirk 60 000 Stimmen erhalten müssen. Die landwirtschaftlichen Kreise Oberschlesiens haben uns keine Enttäuschung bereitet. Im Kreis Oppeln stieg die Zahl der polnischen Stimmen um 4000, im Kreis Ratibor um 2000 und im Kreis Rudzki, den wir als ganz deutsch betrachteten, um 650. Anders in den industriellen Kreisen, wo wir erhebliche Verluste erlitten. Die Stimmen von vielen Tausenden von Arbeitern fielen auf die Liste der Kommunisten. Polnische Dörfer, wie Michowiz, Grzybowski, Wiktuski, Karf, Hozberg, wo die Polen bisher immer ein großes Übergewicht hatten, weisen heute eine erschreckende Mehrheit der Kommunisten auf. Verständlich ist für uns die Tatsache, die es bewirkte, daß unsere Volksgenossen uns eine Enttäuschung bereiteten; denn die schlechte wirtschaftliche Lage unseres Fabrik- und Bergarbeiters in Oberschlesien hat es verursacht, daß der Arbeiter den demagogischen Versprechungen der Kommunisten Glauben schenkte. Wir wollen ihn nicht entschuldigen; denn das Beispiel unserer Arbeiter in Westfalen und im Rheinland zeigt, daß der national aufgefärbte und sozial ausgebildete Arbeiter sich nicht einmal durch die katastrophale wirtschaftliche Lage vom Wege der Ehre abbringen läßt, von dem Wege, den ihm das Herz weilt. Wir sind überzeugt, daß die Haltung unserer Volksgenossen in Oberschlesien, die ihre Stimme für die kommunistische Liste abgaben, nur vorübergehend ist, und daß wir sie bei den nächsten Wahlen wieder in unserem Lager sehen werden. Trotz allem schreitet die Entwicklung unseres Organisationslebens im Gebiete Oberschlesiens, wie in allen anderen Gebieten fort. Unsere Lage hat sich durch die letzten Wahlen gänzlich aufgeklärt. Die Niederlage ist für uns nur der Ansporn zu desto intensiverer und energischerer Arbeit. Die Gerechtigkeit ist auf unserer Seite. Wo aber die Gerechtigkeit ist, da ist auch der endgültige Sieg, wovon die Weltgeschichte stets Zeugnis gibt.“

Also zu den Kommunisten ist der polnische Arbeiter abgewandert. Das ist eine sehr interessante Feststellung, die wir näher zu beleuchten brauchen. Darum also die große Freude der „Rzeczpospolita“, die nun plötzlich auch ihr kommunistisches Herz entdeckt hat. Bekanntlich schrieb dort vor einigen Tagen ein Berichterstatter, daß die Kommunisten die Interessen der Polen in Deutschland vertreten werden, und zwar wirksam vertreten werden. Ein schönes Bild. Die kommunistische Drahtzieher Arm in Arm mit der „hochkaraktäristischen“ „Rzeczpospolita“, mit jenem so stark nach Frankreich hinschießenden Blatt das sonst von den Kommunisten nichts wissen will. Und was

wird nur Frankreich dazu sagen? Dieses Frankreich des Herrn Millerand, der auf keinen Fall „vorläufig“ Sowjetrußland anerkennen will. Das ist wirklich eine sehr interessante Konstellation.

Was aber noch sehr interessant ist, das ist die Feststellung des Polenbundes, daß die polnische Organisation in allen Gebieten fortgeschritten. Daß die Arbeit weitergeführt wird. Wie reimt sich diese Feststellung mit der sonstigen Behauptung, daß die Polen in Deutschland terrorisiert und unterdrückt sind? Wäre die Arbeit des Polenbundes möglich, wenn in Deutschland der Terror herrschte? Der Polenbund arbeitet friedlich und hat Erfolge... Das ist doch für uns in Polen sehr lehrreich. Denn unser Deutscherbund ist geschlossen, und uns ist es unmöglich gemacht, vom Ausbau unseres Zusammenhaltens eine so befreiende Feststellung zu geben. Wir können nicht sagen: „Die Entwicklung unserer Organisation in allen unseren Gebieten schreitet fort!“

Doch auch wir glauben an das Recht, — in Deutschland verlassen sich die polnischen Minderheiten auf die Gerechtigkeit. Aber wir unterstreichen das Wort des Polenbundes, weil es auch für uns Stellung hat: „Wo aber Recht herrscht, da ist der endgültige Sieg, davon hat die Weltgeschichte stets Zeugnis gegeben!“

Polen in Deutschland sagen das. Ob man diese Stimme in Polen hört?

Eine Klage und ein Hatzgesang.

Volksgegnossen zur Tat!

Im „Dziennik Berliński“ wird in einer der letzten Nummern ein Leitartikel veröffentlicht, der sich mit der Niederlage der polnischen Minderheiten in Deutschland anlässlich der Wahlen befaßt. Der Artikel ist im Tonfall einer Klage geschrieben und richtet sich in der Hauptsache gegen die eigenen Volksgegnossen und gegen alle die, welche noch nicht „ihre polnische Herz schlagen hörten“. Neben den üblichen Ausfällen gegen die „Ordnungsleute“ und den „Terror“ in Oberschlesien, der übrigens gar nicht besteht, wird den Landsleuten eine sehr eindringliche Standpauke gehalten, die letzten Endes doch die wahre Stimmung wiedergibt für alle jene, die zwischen den Zeilen zu lesen verstehen. Es heißt dort:

„Wir bringen heute unsern Lesern eine traurige Nachricht. Gegen die Erwartungen haben wir nicht das Resultat erzielt, um das wir kämpften. Die polnische Bevölkerung hat zwar ihre zahlenmäßige Stärke bezeugt, aber die Zahl der Stimmen, die in Oberschlesien, im Oppelner Bezirk, abgegeben wurden, hat nicht genügt, um ein polnisches Reichstagsmandat aus dem ober-schlesischen Bezirk zu erlangen. Daraus folgte, daß wir auch kein Mandat von der Staatsliste erlangten. Und das, obwohl auf die polnischen Listen in ganz Deutschland mehr als 120 000 polnische Stimmen fielen, d. h. so viel, daß ihre Zusammenfassung vollkommen dazu ausreichen würde, daß wir nicht nur einen, sondern zwei Abgeordnete hätten. Dort, wo es um so wichtige Dinge geht, wie die Angelegenheit, von der wir heute schreiben, halten wir es nicht nur für unnötig, sondern für schädlich, vor der Bevölkerung die Wahrheit zu verbergen, selbst wenn sie noch so schmerzhaft und traurig wäre. Die fehlenden 12 000 Stimmen in Oberschlesien (wir erhielten 48 264) haben uns der Vertretung im deutschen Parlament beraubt. Und was schlimmer ist: Die Zahl der polnischen Stimmen weist im Vergleich zum Jahre 1922 eine Abnahme um ungefähr 2000 Stimmen auf. Wir stehen also vor einer Niederlage und werden keinen Vertreter im Reichstag haben. Schlimmer jedoch als die Niederlage selbst, ist die Ursache der Niederlage. Der Terror, die Zentrumsagitation, noch mehr aber die Agitation der Kommunisten, hat das erreicht, worum sie kämpfte. Zu viel haben wir an dieser Stelle darüber geschrieben, welche Bedeutung eine eigene parlamentarische Vertretung hätte, als daß wir uns jetzt nicht länger über die Bedeutung der Niederlage ausbreiten müßten. Die Frage der nationalen Minderheiten in Deutschland wird, wie bisher, die Angelegenheit mehr oder weniger böswilliger Maßnahmen der Landräte und anderer Beamten der deutschen Verwaltung, die Schlägen im Schulwesen, in der Sozialpolitik, in der Kirche, ein Kampf sein, den wir Tag für Tag werden führen müssen, überall, wo Polen leben, und bei jeder Gelegenheit, wo von deutscher Seite Vernichtungsbemühungen gemacht werden. Auf diesen Kampf müssen wir vorbereitet sein. Nicht im Fändringen also, sondern in einem wohl organisierten, zweckmäßig entworfenen Gegenangriff, müssen wir Rettung suchen. In Oberschlesien haben wir im Vergleich zum Jahre 1922 ungefähr 2000 Stimmen verloren. Was bedeutet das? Wo sind diese Stimmen geblieben? Wir wissen, daß einen Teil von ihnen die Angst vor dem Terror (!) verschlang, den vor den Wahlen die Ortschaften (!) entfalteten. Wo aber ist der Rest? Die Antwort ist, wie wir schon oben festgestellt haben, trauriger als die hervorgegangene Wirkung. In der Gleichgültigkeit von Polen, die nichts weiter sehen, als ihre Tasche und ihren Magen, und in der Leichtgläubigkeit anderer, die den Wahlproleten des Zentrums, vor allem aber der Kommunisten, auf den Leim gingen, ist die Ursache der Niederlage zu suchen. Also äußere Feinde und eigene Schuld. Die Arznei für die erste dieser Ursachen wird die Zeit selbst sein, die denjenigen, die sich von der falschen Politik der Zentrumsleute und den billigen demagogischen Parolen der Kommunisten betören lassen, zeigen wird, auf wie trügerischen Grundlagen ihre unpolitischen Berechnungen gebaut waren. Weber die Vertreter des Zentrums, noch die Repräsentanten der Kommunisten werden auch nur den kleinen Finger rühren, um die Lage der polnischen Minderheit in Deutschland zu bessern.“

So können wir denjenigen, denen die Agitation den Verstand nahm, nur das eine sagen, fleißig zu achten, wie auch die Zentrumsleute, Sozialisten, die Wölfe im Schafsfell, und die deutschen Kommunisten, Spekulanten der Not und des Hungers der Arbeiter, die Vorhut Sowjetrußlands in Europa, verteidigen werden.

Gegen die einen wie die anderen werden wir bei unserer politischen Arbeit so manchen Kampf kämpfen müssen. Wir können ruhig sein, daß wir ihn früher oder später siegreich beenden werden. Anders steht es mit dem Feinde, den wir unter uns selbst haben: Nationale Abtrünnigkeit, Feigheit und niedriger, gemeiner Egoismus. Diesen Feind kennen wir gut, wissen aber auch, wie schwer er zu bekämpfen ist. Denn welche Idee, welcher Gedanke, welches Gefühl kann diejenigen bewegen, die Wickedwicz so treffend bezeichnet mit „ohne Herz und ohne Seele“ sind die Geleite der Völker.“

Wir wissen, daß unter ihnen Polen sind, die sich des Polenbundes schämen, wir wissen, daß es solche gibt, die um „des lieben Friedens“ willen, um nicht bei den deutschen Bekannten und Bekannten Arbeitgebern Anstoß zu erregen, aus Feigheit das Polentum verleugnen; und es gibt endlich solche, die wie Judas für elende Silberlinge bereit sind, ihre Seele selbst dem Teufel zu verkaufen. Wir wissen, daß der Kampf mit ihnen fast unmöglich ist. Sie sind in der Mehrzahl für die polnische Nation verloren. Schlimmer ist es, daß sie gefährlich sind, wie die Pest, daß ihre niedrigen irdischen Seelen zuweilen auch auf diejenigen Einfluß haben, die aus Mangel an genügender Erkenntnis nicht begreifen, welche schwere Schuld sie gegenüber der Nation auf ihr Gewissen laden. Diese müssen um jeden Preis gerettet werden. Jede von ihnen für das Polentum gewonnene Seele ist ein Schatz, für den wir kein Atom Anstrengung, keinen Preis bedauern dürfen. Wieviel der heute existierenden Polen haben noch bis vor kurzem in sich nicht das polnische Herz schlagen hören und nicht den heiligen Fluch und Stimme des Gewissens und der Leidgedanke ihres Lebens! Wieviel der Verirrten und Unerfahrenen sind unter den einigen zehntausend Stimmen, die entweder auf uns eifendliche Listen fielen oder gar nicht abgegeben wurden. Um sie vor dem Untergang zu retten, laßt uns keine Anstrengung sparen!

Damit aber die Anstrengung Erfolg hat, müssen wir sie auf dauerhafte Grundlagen stellen, und das ist die pol-

nische Arbeit in den polnischen Organisationen. — kulturelle, wirtschaftliche, soziale, berufliche und politische Arbeit. Wir müssen unsern nationalen Leben wahren Inhalt geben. So ruhen wir denn, indem wir uns über den Ernst der durch die Niederlage geschaffenen Lage Rechenschaft ablegen, auch Volksgegnossen zur Tat, zur Arbeit und zum Kampf um ein besseres Morgen auf.“

Über die hier aufgestellten Behauptungen und über die Behauptungen, die der Dziennikwerein aufstellt, wird noch näher zu reden sein. Daß die „Stimmungsänderung“ in Deutsch-Oberschlesien nicht andere Gründe haben sollte, darauf kommt der Schreiber dieses Artikels scheinbar nicht.

Es wird nämlich behauptet, daß im deutschen Teil Oberschlesiens sich mehr polnische Bürger befinden, als gestimmt haben. Wer Oberschlesien genauer kennt, weiß, daß gerade in den Oppelner Bezirken die Bewohner deutsch denken und deutsch denken werden, weil sie der deutschen Arbeit, der deutschen Kultur und dem deutschen Meiß ihren Aufstieg und ihren wirtschaftlichen Wohlstand verdanken. Gerade in Oberschlesien haben alle Bürger in immer in Frieden und Ruhe gelebt, denn sie haben sich als Oberschlesier in erster Linie gefühlt. Es ist bekannt, daß gerade im Oppelner Bezirk, wo so viele Bewohner ein „Polnisch“ sprechen, das als ein besonderer Dialekt nur Geltung haben kann, da er nur sehr wenig polnische Worte enthält, die Stimmung während der Abstimmungsgzeit durch künstliche Mittel in Erregung gewandelt worden ist. Wenn es zu „Wutausbrüchen“ kam, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß man besonders stark das „polnische Herz schlagen hörte“, sondern darauf, daß man den Bewohnern erzählte, daß Deutschland sie in ihren religiösen Empfindungen (bekanntlich ist Oberschlesien überwiegend katholisch!) zu hindern beabsichtige, und an zweiter Stelle, daß man ihnen mit wirtschaftlichen Verprechungen kam, — daß man ihnen ein Paradies verheißt. Es gab immer Leute, die (unpolitisch wie der Oberschlesier im Grunde ist) darauf Gänge bauten. War erst die Meinung durchgeformt, daß alles doch ein wenig anders aussehe, erkannte man schnell genug, daß eigentlich Zwecke eingeschlagen waren.

Schließlich hat ja schon die Abstimmung gezeigt, wie groß der Procentsatz in Oberschlesien, besonders im deutschen Teile ist. Es handelt sich also in der Darstellung des „Dziennik Berliński“ um eine demagogische Auswertung der Wahlniederlage. Wir könnten den polnischen Minderheiten in Deutschland in Deutschland von Herzen eine Vertretung im Reichstag. Und wenn es Polen genug gegeben hätte, zweifeln wir nicht daran, daß auch ein Vertreter in den Reichstag gekommen wäre. Was der „Dziennik Berliński“ vom Terror und von den Ordnungsleuten faßt, ist zu durchsichtig, als daß es besonders erwidert zu werden braucht. Wir verweisen nur auf die Stellungnahme des preussischen Kultusministers Boelke bei seiner Ansprache im Gleim. Wir sagten schon, daß in Polen so etwas niemals möglich gewesen wäre, weil ein polnischer Minister zu einer solchen Rede nie das Wort ergreifen würde, wenn er nicht politisch erledigt sein wollte. Daß der Minister Boelke solche Worte fand, ist nicht das Zeichen, daß in Oberschlesien ein Terror herrscht. Und selbst wenn das der Fall wäre, so hätten die polnischen Nationalitäten sicher ihrer Meinung Ausdruck verliehen, da ja die Wahl bekanntlich geheim ist. Es läge gar kein Grund vor, sich vor dem „Terror“ zu fürchten, da ja niemand über den Wähler und über sein Herz eine Kontrolle ausübt.

Eins soll betont sein: der Oberschlesier ist zermürbt; denn er ist durch ein Meer von Haß und Genuß. Er will Ruhe haben und seiner Arbeit nachgehen. Das scheint ihm wichtiger, weil ihm das die Gewähr für seine Existenz ist. Von Haß und schönen Reden wird er nicht satt. Der Oberschlesier hat immer gut und zufrieden, wenn auch bescheiden gelebt, weil er gearbeitet hat und fleißig war. Er will das wieder tun! Es kann ihm niemand verdenken, daß er darin seine nächste Hauptaufgabe erblickt.

Der Kampf gegen die Lilienmilchseife.

Die nationalen Drogeriebesitzer.

Wir erleben auch manchmal heitere Dinge. Sie sind ein Zeichen für die in Polen herrschende Art, geschäftliche Interessen ins Politische zu ziehen. Es ist nämlich im „Kurjer Poznański“ vom Mittwoch, dem 14. Mai, ein Bericht zu lesen, dem wir folgende bezeichnende Stelle entnehmen:

„Nach lebhafter Aussprache wurde in der Versammlung auch die Angelegenheit der fremden Erzeugnisse berührt, deren so viele in jeder Drogerie zu sehen sind. Besprochen wurde auch die Tatsache, daß in den Posener Drogerien so viel deutsche Kosmetische und Toilettenartikel sind, wie zum Beispiel Odol, Kolodont, Lilienmilchseife usw. Es wurde festgestellt, daß die Drogerien hier garlos sind, da die Käufer, namentlich die Damen, mit ganzer Entschiedenheit gerade deutsche Erzeugnisse verlangen und nichts davon hören wollen, daß die betreffenden polnischen Erzeugnisse nicht nur den deutschen nicht nachstehen, sondern sie gewöhnlich in der Qualität über-treffen (!) und erheblich billiger sind. In der Versammlung wurde auch von den französischen Erzeugnissen gesprochen und eine Entschließung angenommen, die man dem französischen Gesandten in Warschau und dem polnischen Gesandten in Paris zurufen beabsichtigt.“

In dieser Entschließung heißt es: „Die polnischen Drogeristen stellen fest, daß französische Parfümfirmen ihre Generalvertretungen und Fabrikantenlager ausschließlich jüdischen Kaufleuten übergeben und damit die große Mehrheit der nationalen denkenden Drogeriebesitzer genötigt haben, französische Fabrikate unter Vermittlung des Teiles der Kaufmannschaft zu kaufen, mit dem sowohl die Kaufmannschaft selbst, als auch die Allgemeinheit keine Verbindung wünscht. Mit Bedauern stellen wir fest, daß die französischen Produzenten die wirtschaftlichen Postulate der polnischen Kaufleute so wenig verstanden haben. Außerdem stellen wir fest, daß gewisse Firmen es für passend hielten, Polen schlechtere Ware zu schicken, als anderen Ländern, aber dieselben Katalogpreise zu nehmen. Wir bemerken, daß wir im Interesse unserer Abnehmer eine großzügige Subvention organisiert haben. Wir werden die nach Polen geschickte Ware prüfen und auf den Unterschied mit der in Paris im Kleinverkauf gekauften Ware derselben Marke achten. Wir werden nicht veräumen, im gegebenen Falle eine Ausbeutung der öffentlichen Kritik zu unternehmen und zum Wohle der betreffenden Firma aufzurufen. Wir bitten die Herren Fabrikanten angesichts des Wohlwollens gegenüber der französischen Nation vom falschen Wege umzukehren. Das Vorgehen ist nicht vom Haß gegen die nichtpolnische Kaufmannschaft diktiert, sondern von der Pflicht des Schutzes der bedrohten eigenen Interessen und des erschütterten Ansehens der populären französischen Industrie.“

Es ist lehrreich, daß die Damen ausdrücklich deutsche Kosmetische Artikel verlangen und sich von der Billigkeit und besseren Qualität der Inlandserzeugnisse nicht überzeugen lassen wollen. Die Damen haben darin Erfahrung, und man sollte sich ihr Urteil als Beispiel nehmen. Man sieht, daß die Damen lieber gute Ware kaufen, auch wenn sie teurer ist, als minderwertigere Ware, die billiger ist. Und die Ware muß minderwertig sein, denn sonst würde man sie ja kaufen.

Und wir fragen nur unsere Leser: Welche Waren ziehen sie vor? Welche Waren sind qualitativ besser? Ist das ein Werturteil gegen die polnische Kosmetische Industrie? Nein! Die polnische Industrie kann in dieser Hinsicht nicht konkurrieren, weil ihr ja die jahrelang erfahrenen Fachleute fehlen, weil sie selber die besten Mittel gar nicht herbeikommt und auch die erprobten deutschen Rezepte nicht kennt und nicht kennen kann.

Sehr lehrreich ist allerdings, was uns der nationale Drogeriebesitzerverband über die französische Fremds-

chaft erzählt. Und sehr hübsch ist auch die Versicherung, daß man Frankreich wohlwollend zu behandeln gedenkt. Das wird sicher auf den französischen Gesandten einen tiefen Eindruck machen. Wie die französische Freundschaft sich trotz wohlwollender Behandlung von Seiten der polnischen Drogeriebesitzer auswirkt, und daß man das im „Kurjer Poznański“ lesen kann, das ist sehr belehrend. Und daß man auch Frankreich gegenüber drohen kann, das zwingt uns zu eigenen, sehr selbständigen Gedanken. Also auch die nationalen Drogeriebesitzer unternehmen — diplomatische Schritte... Wir wollen das festhalten. Die Geschichte wird mit stillem Schmunzeln diese Anekdote ihrem Archiv einverleiben. Was sagen aber die nationalen Drogeriebesitzer dazu, die nur nüchtern denkende Kaufleute sind?

Posener Ruderverein „Germania“ unter Zwangsaufsicht.

Am Montag, dem 12. d. Mts., setzte ein Ingenieur Witold Reichman aus Polen den Vorstand des Posener Rudervereins „Germania“ unter Vorweis eines entsprechenden Schreibens des Starostwa Grodzkie davon in Kenntnis, daß er die Zwangsaufsicht über das Vermögen des Rudervereins „Germania“ übernehmen werde.

Bekanntlich ist dem Posener Ruderverein „Germania“ im vergangenen Monat der Liquidationsbeschluß zugestellt worden. Der Verein wurde aufgefordert, innerhalb von einem Monat sein Bootshaus und Bootsmaterial an einen dem Liquidationskomitee genehmen Ruderverein zu verlaufen. Diese Frist ist aber noch nicht abgelaufen.

Im übrigen sind die Vorbedingungen für die Liquidation des Vermögens des Rudervereins „Germania“ nicht gegeben, da der Verein ein selbständiger Verein aus polnischen Staatsbürgern ist, dessen Vorstand auch ausschließlich aus polnischen Staatsbürgern besteht und am 10. Januar 1920 bestanden hat. Der Verein selbst existiert seit dem 1. Juni 1894 mit dem Sitz in Polen. Gegen den Beschluß des Liquidationskomitees hat der Verein durch seinen Rechtsvertreter Einspruch erhoben lassen, doch ist auf diesen Einspruch noch keine Antwort erteilt.

Bemerkenswert ist, daß schon im Jahre 1920 man den Versuch gemacht hat, den Verein zu liquidieren. Auch damals wurde die Zwangsaufsicht, später die Zwangsverwaltung eingesetzt und dadurch dem Verein ein sehr erheblicher Schaden zugefügt. Die Proteste des Vereins hatten zunächst keinen Erfolg, obgleich damals selbst der Zwangsverwalter zugab, daß eine Rechtsgrundlage für die Zwangsverwaltung der Behörde nicht gegeben sei. Der Zwangsverwalter gab damals zu, daß der Zweck der Zwangsmassnahmen der sei, den Verein zu zwingen, polnisch sprechende Mitglieder aufzunehmen; er versprach damals, daß die Zwangsmassnahmen sofort aufgehoben würden, wenn einige 30 Mitglieder seines Vereins aufgenommen würden.

Auch der Präsident des Liquidationsamtes stellte eine ähnliche Forderung, welcher der Vorstand des Vereins aber nicht nachkommen konnte. Er hätte sonst die Rechte der Mitgliederversammlung auf freie und unbeeinflusste Wahl von Mitgliedern verlegt. Schließlich wurde dann die Zwangsverwaltung aufgehoben.

Man wird wohl kaum annehmen können, daß dies geschehen ist, ohne daß das Liquidationsamt zuvor eingesehen hat, daß eine rechtliche Grundlage für das Vorgehen gegen den Verein gefehlt hat. Was also vor drei Jahren als Unrecht festgestellt wurde, scheint, wie man an der neuen Maßnahme gegen den Verein sieht, heute Recht zu sein!

Offener Brief des Herrn Thugutt.

Unstatthafte Uebertreibung.

Der Abgeordnete Thugutt hat an Painlevé einen offenen Brief geschickt, in dem es heißt: „Ich hatte vor einigen Wochen die Ehre, Sie in Paris kennen zu lernen. Die liebe Erinnerung an unsere Unterredung erheitert mich, mich an Sie in einer Angelegenheit zu wenden, die für mich sehr unangenehmen Charakter trägt. Einige Pariser Blätter vom 2. Mai veröffentlichten einen Aufruf unter dem Titel „Weißer Terror in Polen“, der sich mit Schaumanteilen in polnischen Gefängnissen befaßt. Der Aufruf ist von vielen bedeutenden Franzosen unterzeichnet, darunter auch von Ihnen. Ich halte es für meine Pflicht, mit ganzer Offenheit zu sagen, daß die im Aufruf angegebenen Tatsachen in ungemein geringem Maße der Wahrheit entsprechen, und die aus den aufgeführten Tatsachen gezogenen Schlüsse falsch sind. Damit will ich nicht sagen, daß das polnische Gefängnis ein Ideal sei. Der polnische Staat ist jung, und seine Institutionen mögen noch nicht auf derselben Höhe stehen, wie in den Staaten, die immer frei und unabhängig waren. Wenn man aber überhaupt, daß in Polen Terror herrscht, so bedeutet das eine unstatthafte Uebertreibung.“

Ich bin Vorsitzender einer speziellen Kommission, die vom Sejm schon vor einigen Monaten zur Prüfung der Organisation unseres von den Teilungsmächten übernommenen Gefängniswesens berufen wurde. Mitglieder dieser Kommission sind auch Vertreter der nationalen Minderheiten, ein Jude und ein Weißrusse, sowie Abgeordnete der Arbeiter und Bauernparteien. Die Ergebnisse dieser parlamentarischen Inspektion werde ich Ihnen in möglichst kurzer Zeit zustellen. Wenn die Vertreter der Minderheiten nicht die Ansichten der Mehrheit der Kommission teilen werden, dann sende ich Ihnen auch das Votum separatum.

Ich möchte kein gewissenloser Advokat sein, der eine böse Sache verteidigt, und auch kein falscher Patriot, der zwei Wahrheiten besitzt, eine für sein Land, die zweite für das Ausland. Es gibt nur eine Wahrheit, und ich werde mich bemühen, alle ihre Elemente zusammenzutragen. Es wäre vielleicht besser, wenn ich diese Arbeit mit Ihnen gemeinsam vollenden könnte. Trotz allem hege ich die Hoffnung, daß Sie an meiner Loyalität und der Richtigkeit der Daten, die ich Ihnen senden werde, nicht zweifeln werden. Ich erwarte auch, daß Sie, im Besitze der Ergebnisse unserer Revision, den oben erwähnten Aufruf einer objektiven Kritik unterwerfen und alles tun werden, was möglich ist, um von meinem Lande den düsteren Schatten zu entfernen, den dieser Aufruf geworfen hat.“

Wer sich selber achtet, achtet auch die anderen.

Keine Hoffnungen auf den Sieg der Nacht.

Herr Mac Donald hat auf einer Versammlung der sozialistischen Frauen gesprochen, und er hat da sehr bemerkenswerte Angaben gemacht, die für alle Völker Geltung haben. Wir lesen in einem Bericht über diese Rede:

Auf der Versammlung sozialistischer Frauen am 13. Mai sagte Mac Donald u. a.: „Ich bin ein überzeugter und unbeugbarer Nationalist. Ich achte in erster Linie die nationalen Lebensbedingungen und Eigenheiten. Es wäre ein Unglück für die Welt, wenn alle Unterschiede unter den Menschen, die durch Geschichte, Religion entstanden sind, beseitigt würden und alle Völker zu einer gleichen Lebensführung gebracht werden würden. Der Nationalismus darf aber nicht übertrieben und unpatriotisch werden, sondern muß auf Selbstachtung beruhen. Alle diejenigen, die sich selbst achten, sind geneigt, auch die anderen Völker zu achten.“

Die Außenpolitik der Arbeiterregierung stützt sich nicht nur auf die großen Nationen, sondern auch auf die allergeringsten.

Polen, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Serbien sind uns ebenso nahe. Niemand weiß es besser, als die kleinen Völker, daß sich eine militärische Politik nicht lohnt. Die großen Staaten können die kleinen nie mit einer Dampfwalze zermalmen, ganz gleich, ob sie gerüstet sind oder nicht. Ich rufe alle Völker auf, ihre Hoffnungen nicht auf die Macht zu setzen, denn das führt zum Verderben. Wenn die Völker abgerüstet sein werden, so wird das erst den dauernden Frieden sichern. Einzelne werfen mir vor, daß ich keine internationale Abrüstungskonferenz einberufen. Man darf jedoch nicht vergessen, wie verberlich es wäre, eine solche Konferenz in einem Moment einzuberufen, wo ihr Mißerfolg sicher ist. Ich werde dann eine solche Konferenz vorbereiten, wenn ich die Überzeugung gewonnen haben werde, daß sie einen Erfolg haben kann. Ich glaube, daß wir darauf nicht lange zu warten haben werden."

Republik Polen.

Protest der Landwirte.

Der Verband polnischer Landwirtschaftsorganisationen veröffentlicht einen Aufruf im Zusammenhang mit dem Protest des Ministerpräsidenten Grabski gegen den Vertreter der Landwirtschaft im Rat der „Bank Polska“. In diesem Aufruf heißt der Verband fest, daß das Veto des Ministerpräsidenten eine Benachteiligung der Landwirtschaft sei, und erklärt, daß der Anteil der Landwirtschaft an der Bezeichnung zu einem Vertreter ernannt werden soll.

Die Sparbarkeit in der Schule.

Der Ministerpräsident hielt am Donnerstag eine Konferenz ab, die das Sparen zur Debatte stellte und den Beschluß zur Folge hatte, bis zum 1. Juli die Umgestaltung des Kultusministeriums durchzuführen. In dieser Zeit sollen auch die Schulverhältnisse ausgearbeitet und die Schulgebäude genau verteilt werden. Ferner soll eine eingehende Inspektion aller Volks- und Mittelschulen durchgeführt werden, um festzustellen, ob der Grundbesitz entsprechend der Anwesenheit der Lehrkräfte im Rahmen der Pächtschulen genau angewandt wird. Die Zahl der Lehrer in den Mittelschulen soll der Zahl der Kinder genau angepaßt werden, die die betreffende Schule besuchen. Hinsichtlich der Mittelschulen wird auch eine Sparaktion durchgeführt.

Bis zum 1. August wird ein Spar- und Investitionsprogramm für die höheren Schulen auf eine Zeit von zehn Jahren ausgearbeitet werden. Bezüglich des den höheren Lehranstalten übergebenen Staatsgutes wurde der Grundbesitz der wirtschaftlichen Melien Staatsgutes aufgestellt. Schließlich sind eine Reihe von Anträgen in der Richtung der Modernisierung der Schulgebäude bearbeitet worden.

Von der Regierungsbildung in Deutschland.

Die Regierungsbildung in Deutschland macht den beteiligten Parteien immer noch große Schwierigkeiten. Die anfangs beabsichtigte Bildung einer großen einheitlichen Regierung scheint beabsichtigt worden zu sein. Es macht den Eindruck, als ob bei dem gegenseitigen Uebersehen der beiden Rechtsparteien, der deutschen Nationalen und der extrem und radikal gerichteten Deutsch-sozialistischen Partei eine so starke Verhinderung entstanden ist, daß kein Bündnis beider Parteien in Frage kommt. Wie wir aus Berlin erfahren, hat die deutsche Volkspartei nach einer Besprechung ihrer Führer in Berlin die Zugehörigkeit der Volkspartei zu einer neuen Regierungskoalition von der Befassung Dr. Stresemanns als Außenminister abhängig gemacht.

Es wird jetzt immer wieder in Berliner parlamentarischen Kreisen von einem sogenannten Block der Mitte gesprochen. Dieser soll von einem Zusammenschluß der drei Mittelparteien der deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten bestehen. Die Bildung dieses „Block der Mitte“ wird lebhaft diskutiert, und man glaubt nicht daran, daß diese den Charakter einer einheitlichen Fraktion, sondern lediglich den einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft tragen könnte. Jedenfalls ist trotz aller gegenteiligen Meldungen die Bildung einer solchen Arbeitsgemeinschaft der Gegenstand von lebhaften Besprechungen zwischen den Führern der verschiedenen Parteien der letzten Regierungskoalition gewesen. Die Schwierigkeiten liegen bei den Demokraten und bei der bayerischen Volkspartei. Die Demokraten wollen keine Koalition ohne die Sozialdemokratie, während die bayerische Volkspartei die Sozialdemokratie auf die innerbayerischen Verhältnisse den Anschluß an die Sozialdemokratie, ebenso eine Kampfstellung gegen rechts ablehnt.

Inzwischen hat als erste der neuen Reichstagsfraktionen die deutsche Volkspartei eine größere Beratung in Berlin abgehalten, an der auch Dr. Stresemann, Minister Braun und Jares als Angehörige der Volkspartei teilnahmen. Die und Jares als Angehörige der Volkspartei teilnahmen. Die Forderung der deutschen Volkspartei ist die beabsichtigte Bildung eines großen Bürgerblocks, durch den Zusammenschluß aller staatsbejahenden Parteien.

Deutsches Reich.

Die Hochverratsanfrage gegen Dr. Zeigler.

Leipzig, 15. Mai. (Privattelegramm.) Das Hochverratsverfahren gegen den sächsischen Ministerpräsidenten a. D. Zeigler ist abgeschlossen. Die Anfrage lautet auf Landesverrat in zwei Fällen, begangen durch zwei Neben Zeiglers in politischen Versammlungen. Der Prozeß kommt in der ersten Juliwache vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Es sind nur 6 Zeugen vorgeladen.

Nachklänge aus Halle.

Halle a. d. Saale, 15. Mai. (Privattelegramm.) Der Reichsminister hat das 7. Reichswehrregiment, das am Sonntag in wehrmännischer Kompanie und die Musikkapelle gestellt hatte, wegen des Spielens des „Hei Dir im Siegerkranz“ bei der Enthüllung des Volkedenkmals zur Verurteilung angefordert. Der Dirigent des Militärkapells wurde vorläufig von seiner Dienststellung enthoben.

Bergarbeiter und Erwerbslosenunterstützung.

Berlin, 15. Mai. Die Gewerkschaften und der sozialdemokratische Parteivorstand waren gestern beim preussischen Ministerpräsidenten, um die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an die aus dem 410 000 Ruhrbergarbeiter zu erreichen unter Hinweis auf die ungeheure Not unter den Bergarbeitern. Wie wir erfahren, hat der Ministerpräsident zugehört, sich bei der Reichsregierung im Sinne der Antragsteller einbringen zu verwenden.

Neue Kommunistenverhaftungen.

Berlin, 15. Mai. (Privattelegramm.) Gestern sind 6 neue Verhaftungen in den Berliner Kommunistenkreisen erfolgt und zwar wegen Zugehörigkeit zu der deutschen Abteilung der kommunistischen Fraktion. Die Verhafteten haben in der Sowjetbundesvertretung ihre offiziellen Sitzungen abgehalten. Auch in Königsberg sind gestern drei Festnahmen von bolschewistischen Deutschrussen vorgenommen worden.

Die Welsen.

Hannover, 15. Mai. (Privattelegramm.) Die deutsch-hannoversche Partei gibt offiziell bekannt, daß sie an keine Aufgabe beim Vertagung der Volksabstimmung in Hannover denkt. Sie hält an ihren Bestrebungen fest, die Positionen Hannovers von Preußen durch die Volksabstimmung herbeizuführen.

Erste Streiklage an der Ruhr.

Essen, 15. Mai. (Privattelegramm.) Gestern haben auch auf den vom Wilm beschlaggenommenen Zügen die Belegschaften

die Einfahrt verweigert. Dadurch ist eine außerordentlich ernste Lage geschaffen, da Sanktionen angekündigt sind. Der Beethovenabend hielt auch gestern noch an seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Einigungsversuchen fest.

Betriebschließung an der Ruhr.

Dortmund, 15. Mai. (Privattelegramm.) Der Industriellenverband Dortmund zeigt die Schließung von 50 Prozent seiner Betriebe für Sonnabend an wegen Kohlenmangel. Die Schließung zahlreicher Betriebe als Folge des Streiks wird auch aus Ruhrvor- und Mülheim gemeldet.

Micium droht mit Sanktionen.

Essen, 15. Mai. (Privattelegramm.) Der Vertreter der Micium hat gestern Abend dem Beethovenabend mitteilen lassen, daß die Micium die Nachlieferung der durch den Bergarbeiterstreik ausgefallenen Kohlenmenge bis spätestens 19. Mai verlangen müsse, anderenfalls sie zu Sanktionen greifen werde.

Infolge des Kohlenarbeiterstreiks sind die Schiffe im Ruhrorter Hafen ohne Kohlen, die meisten Fahrten sind bereits stillgelegt. Der gesamte Kohlenexport nach dem Auslande, auch nach Italien und Holland, ist seit gestern Abend eingestellt.

Unklarheiten bei der französischen Regierungsbildung.

Wie wir gestern schon meldeten, hat Poincaré aus dem Ergebnis der französischen Wahlen die Konsequenzen gezogen, und will sich in das beschauliche Leben des Privatmannes aufs Land begeben. Man könnte ihn um diesen Zustand beneiden, wenn man nicht wieder läse, daß der vielgeplagte große Mann auch dort keine Ruhe finden soll, sondern daß sich amerikanische Journalisten schon etwas stürmisch an ihn gewandt haben mit der Bitte, doch demnächst seine Memoiren zu veröffentlichen. Sollte Herr Poincaré das wirklich vorhaben, dann wird es wieder nichts mit seiner Ruhe auf dem Lande. Vielleicht unterläßt er es aber auch, solche Denkwürdigkeiten zu schreiben, denn bei Behandlung der Kriegsschuldfrage müßte er außerordentlich viel Gedankenfrühe oder Worte machen.

Sein Amtsgenosse, der Präsident der Republik, Herr Millerand, der ebenso pathetisch wie laut erklärt hat, er werde auch gehen, wenn das Volk gegen ihn gesprochen habe, hat sich jetzt anscheinend eines anderen besonnen, denn er steht außerordentlich fest an seinem Posten, eine nicht ganz ungewöhnliche Erscheinung des Alltags.

Aber die böse Presse, die schon gestern so rüchlos laut gerufen hat: „Ministerpräsident, es ist Zeit zu gehen!“, beruht nun abermals die edle Absicht Millerands, seine Größe Frankreich anzuverleihen.

Die „Ere Nouvelle“, die sich selbstverständlich auch auf französisch so deutlich ausdrücken kann, als wenn es nichtern auf deutsch gesagt wäre, schreibt etwa folgendes: „Wenn der Präsident der Republik sich noch weiter taub stellt und das Verlangen des Rücktritts, das er am 27. März durch den „Matin“ verurteilt ließ, jetzt nicht einfließen will, dann wird die neue Mehrheit der Kammer die verfassungsmäßigen und parlamentarischen Mittel zu finden wissen, Herrn Millerand davon zu überzeugen, daß sein Rücktritt eine Notwendigkeit geworden ist.“ Ähnlich sprechen „Deuxième“ und „Populaire“.

Die Frage der Kabinettsbildung ist noch außerordentlich stark umstritten. Die Radikalen sind für ein Kabinett Herriot, und es scheint, daß man gegen ein Kabinett Briand, von dem schon gesprochen wurde, eine starke Abneigung hat. Zur Kandidatenfrage für den Ministerpräsidenten hat ein Führer der französischen Linken einem Vertreter der „Danziger R.“ folgende Mitteilung gemacht: „Als Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten in der neuen Regierung kommen lediglich Briand und Herriot in Betracht. Es ist beachtenswert, daß Poincaré in seinem letzten Gespräch mit Millerand ihm in warmen Worten Herriot als Nachfolger empfohlen hat. Versprechungen zwischen den einzelnen Parteien haben bis noch nicht stattgefunden. Herriot befindet sich nicht in Paris; bis zu seiner Ankunft werden noch einige Tage verstreichen. Die von einem Morgenblatt veröffentlichte mutmaßliche Ministerliste ist lediglich als eine leere Kombination zu betrachten. Die große Unbekannte in der politischen Gleichung ist die Haltung der sozialistischen Parteien, deren Mitglieder in der Frage, ob ein Eintritt in die neue Regierung im Parteinteresse liegt, sich völlig uneinsig sind. Falls die Sozialisten es ablehnen sollten, sich an der Bildung des neuen Kabinetts zu beteiligen, bricht das Linkskabinett in sich zusammen.“

Die „Daily Mail“, die anscheinend die Wahl Herriots zum Ministerpräsidenten als bestimmt annimmt, sagte Herriots Programm folgendermaßen zusammen:

1. Eine Zusammenarbeit mit Großbritannien zur Bewerkstelligung des Sachverständigenrats ohne irgendwelche Vorbehalte hinsichtlich künftiger Sanktionen für den Fall deutscher Verfehlungen.
2. Fortdauer der militärischen Operationen im Ruhrgebiet, bis die Bezahlung der Reparationen durch angemessene Garantien sichergestellt wird.
3. Stärkung der französischen Finanz durch eine Politik internationaler Verständigung.

b) Innere Politik:
1. Erlass einer allgemeinen politischen Amnestie, die sich nicht nur auf die Kommunisten und Revolutionäre erstrecken würde, sondern in die auch besonders Gailland einbezogen sei.“

Ganz allgemein äußert sich einer der Führer der sozialistischen Partei, Leon Blum, über die politische Lage und über das Ergebnis der Wahlen. Er sagt: „Das Ergebnis der französischen Wahlen kann die allgemeine Lage nur verbessern. Auch die Frank-Waife wird nicht lange dauern. Der Kredit und das Ansehen Frankreichs in der Welt werde in gleichem Verhältnis wachsen, wie seine Entschlossenheit zu friedlicher Regelung aller noch bestehenden Streitpunkte. Der Sachverständigenrat muß angenommen werden, ohne daß von der Regierung verlangt wird, durch einschränkende Bedingungen besondere Vorteile zu erhalten, die in den Vorschlägen nicht begründet sind. Wir können das Vertrauen der Welt nur gewinnen, wenn wir ohne Hinterhältigkeit und ohne Wortflauerei den Schritt so annehmen, wie er tatsächlich niedergeschrieben ist. In dieser Hinsicht wird die Mehrheit der neuen Kammer einig sein. Ich glaube nicht, daß der neue deutsche Reichstag ernste Schwierigkeiten machen wird. Es wäre ein schwerer politischer Fehler, wenn die Deutschnationalen sich einem Programm widersetzen wollten, auf das die ganze Welt hofft und von dem Deutschland, wenn es den Willen dazu hat, nur Vorteile haben wird.“

Aus anderen Ländern.

Sitzung des Völkerrates.

Genf, 15. Mai. (Privattelegramm.) Der Völkerrat ist für Donnerstag einberufen worden, um das militärische Gutachten des obersten Militärates zur Entwaffnungsnote an Deutschland entgegenzunehmen. Die Note wird am 18. d. Mts. Paris verlassen.

„Habas“ zur Regierungsbildung in Frankreich. Wie die Habasagentur über den Ausfall der Wahlen in Frankreich meldet, läßt sie die Außenpolitik Frankreichs für die nächste Zeit fast unbeeinträchtigt. Der Bloc national habe sich bereits am Tage vor der Wahl bereit erklärt, gemeinsam mit den Sozialisten eine verständnisvolle Außenpolitik zu unterstützen, wenn die Sozialisten sich auf den Boden des Expertengutachtens stellten, was inzwischen

geschehen sei. „Habas“ zufolge ist der Zusammentritt der Kammer für Anfang Juni vorgesehen.

Gemeindevahlen in Campanien faschistisch.

Napoli, 15. Mai. (Privattelegramm.) Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Neapel: Die Gemeindevahlen in Campanien haben gestern stattgefunden. Sie brachten den Faschisten neue große Erfolge. In Neapel lauteten 70 v. H. aller Stimmen auf faschistische Kandidaten. Die Sozialisten, die bereits in den vorjährigen Wahlen 30 v. H. verloren hatten, sind weiter beträchtlich mit ihrer Stimmzahl zurückgegangen.

In kurzen Worten.

In New York ist eine Gesellschaft für den Bau von Fokker-Flugzeugen in Amerika errichtet worden.

Der 26jährige Kaufmann Marzinkowski aus Kattowitz hatte sich vor dem Breslauer Oberlandesgericht wegen Spionage zugunsten Frankreichs zu verantworten. Der Strafsenat verurteilte ihn zu 6 Jahren Zuchthaus und 3000 Mark Geldstrafe.

Zum 50. Todestag Fritz Reuters (13. Juli) werden in ganz Mecklenburg Landes- und Volksfeiern veranstaltet.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsausschusses, den Parteitag zum 11. Juni nach Berlin einzuberufen.

Das Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk hat 1800 Arbeiter stilllos entlassen, die am 1. Mai nicht zur Arbeit erschienen waren.

Von der sächsischen Hilfspolizei wurden Angehörige der Landespolizei, die der kommunistischen Partei angehören, beim Waffenschmuggel in der Dresdener Johanniskaserne und der Schützengasse abgefaßt.

Im Streik der ostpreussischen Landarbeiter, der nunmehr drei Wochen andauert, ist die Technische Nothilfe noch immer auf 360 Gütern mit annähernd 2000 Mann zur Vertretung der von den Behörden als lebenswichtig anerkannten Nothstandsarbeiten eingesetzt.

Letzte Meldungen.

Vereinigung der Nationalliberalen mit den Deutschnationalen.

Für die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion am 20. Mai liegt der offizielle Antrag des Vorstandes vor auf Annahme der Mitglieder des Landbundes (Nationalliberale Vereinigung) in die Fraktion.

Gerüchte und Hoffnungen.

Rotterdam, 15. Mai. (Privattelegramm.) Der „Courant“ meldet aus Paris: Die Tatsache, daß das Kabinett Poincaré nicht sofort, sondern erst am 1. Juni zurücktreten will, beweist nach allgemeiner Auffassung der Parlamentarier, daß das Kabinett auf Verhandlungen hofft, die sein Weiterbestehen ermöglichen sollen.

Berichter des besetzten Gebietes bei Marg.

Berlin, 15. Mai. (Privattelegramm.) Reichskanzler Marg hat gestern Vertreter des besetzten Gebietes empfangen. Der Kanzler sagte, daß der Zusammentritt des Reichstags unter dem Problem stehe: Annahme oder Ablehnung der Sachverständigenberichte. Eine Verschlebung der Entscheidung im Sinne des sozialistischen Antrags nach einem Volksentscheid würde die auswärtige Politik Deutschlands auf ein totes Weis bringen.

Sitzungen der deutschen Parteien.

Nachdem die Deutsche Volkspartei bereits ihre erste Fraktions-sitzung abgehalten hat, werden am Montag der nächsten Woche das Zentrum und am Dienstag die Deutschnationalen und die Demokraten ihre erste Fraktions-sitzung abhalten. Mitte der nächsten Woche wird der Reichstagspräsident mit den Fraktionsführern über die Verteilung der Plätze im Plenarsitzungs-saal eine Besprechung abhalten.

Herriots Programm.

Genf, 15. Mai. (Privattelegramm.) Der Honorer „Progrès“ meldet, Herriot hat in der Honorer Confederation Generale du Travail sein Programm entwickelt. Seine zweiseitigen Ausführungen brachten folgende Programmpunkte: Aufhebung der arbeitenden Klassen, gerechte Steuerverteilung und Erleichterung der Ruhe- und Reparationsfrage im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit. Herriot stellte sich vorbehaltlos auf den Boden des Expertengutachtens.

Von seltsamen Dingen im Mai.

Wie wir aus einer Pariser Meldung erfahren, soll im Pariser Parlament deutsch gesprochen werden. Wie wiederholten: deutsch gesprochen werden. Die Meldung sagt: „Beim Wiederzusammentritt der französischen Abgeordnetenkammer im Juni wird die deutsche Sprache als offizielle Sprache zugelassen werden. Der neue kommunistische Abgeordnete aus dem Elsass, Fugier, beabsichtigt, seine erste Rede in deutscher Sprache zu halten. Fugier, der wahrscheinlich nur von einer geringen Anzahl seiner Kollegen in der Kammer verstanden werden wird, behauptet, die deutsche Sprache wäre die einzige, die er gründlich kenne und er sei nicht imstande, an einer Debatte in französischer Sprache teilzunehmen.“

Die Wahlvorbereitung in Amerika.

In Amerika werden die Wahlvorbereitungen schon jetzt außerordentlich lebhaft aufgenommen. Der Parteiaufmarsch ist bereits eingeleitet und man spricht davon, daß Coolidge als Präsident sehr gute Aussichten habe. Die Aussichten sollen so sein, daß man fast mit seinem Siege rechnet.

Regierungswechsel in Japan.

Die letzten Wahlergebnisse haben keine Veränderung zugunsten der Regierung gebracht. Die Regierungskandidaten haben kaum ein Drittel der Siege der neuen Kammer erlangt. Von etwa 460 Abgeordneten gehören 282 zur Opposition, abgesehen von 20 Unabhängigen, die sich wahrscheinlich der Opposition anschließen werden. Neue Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Internationaler Pferdewettbewerb in Poznań

am 15., 16. und 18. Mai 1924 auf dem Gelände der „Ostmessen“ am Oberschlesischen Turm.

Anfang 14,30 Uhr.

Eintrittskarten zu 2, 5 und 10 Zloty sowie ausführliche Programme sind im Annoncenbüro „PAR“, ul. 27. Grudnia 18 oder an der Kasse zu haben.

Zu der am Sonntag stattfindenden Hauptkonkurrenz ist die Kasse im Büro „PAR“ von 11 bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Am Dienstag, dem 13. Mai d. J. vormittags 9 $\frac{1}{4}$ Uhr entschlief plötzlich und unerwartet der

Mittergutsbesitzer

Herr Richard Funck

auf Nowy Dwór bei Zbaszyn

im Alter von 59 Jahren.

Durch sein Hinscheiden ist uns ein fürsorgender, stets freundlicher Arbeitgeber genommen worden, dessen Verlust wir tief bedauern.

Sein Andenken werden wir bis weit über's Grab hinaus in Ehren halten.

Nowy Dwór (Zbaszyn), den 14. Mai 1924.

Im Namen der Beamten und Angestellten
Fr. Kuhnt, Rendant.



Sieffermagen — Karosserien
Umbau aller Personen-Autos
zu Sieffermagen.

Zoppot

Danziger Karosseriefabrik
A.G.

Von meinen erstklassigen ge-
streiften Plymouth-Rocks gebe

Bruteier

Neumann,

Gościelewo p. Rogoźno.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 16. 5., 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: „Boccaccio“, Kom-
Oper von Scribe.
Sonabend, den 17. 5., 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: „Puppenfee“, Ballett.
Sonntag, den 18. 5., 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: „Cavalleria Rusti-
cana“, Oper von Mascagni u. „Tajazzo“,
Oper von Leoncavallo.

(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum
niemand mehr hineingelassen.)

Bitte aufzubewahren!

Meine Telephonnummer ist nicht mehr 5051
sondern **6073**

Gusovius-Poznań W. 3, ulica Gajowa 4 II.
(seit 1908 ger. vereid. landw. Sachverständiger).

Tausch!

1 oder 2 moderne 4 stöckige Häuser in Berlin (am
Bahnhof Charlottenburg und beim Alexanderplatz),
werde gegen Grundstücke oder Fabrik in Polen oder
Danzig tauschen. Offerten unter „Charlotte Nr. 18“
an Rudolf Mosse, Warschau, Marijaskowska 124.

Wir suchen
10-15 km. Feldbahngeleise
und eine größere Anzahl von Waldbahntrucks auf
mehrere Jahre zu mieten, eventl. zu kaufen. Angebote
unter „Waldbahn 7259“ an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Wohnungen
Junge Dame sucht
möbl. Zimmer.
Offert. u. D. B. 7248
an die Geschäftsst. d. Bl.

Zentrifuge
Lanz
sind unübertroffen,
beliebt und bevor-
zugt in allen
Teilen der Welt!

Persil,
Seife,
Bohnermasse
Teatralna Drogerja.
Poznań,
ul. Fredry 2.
En gros und en détail.
Telephon 1135.

Ein massives
Wohnhaus,
18 Zimmer, mit Obst-
und Gemüsegarten,
steht zum Verkauf.
Stiller, Baugeschäft.
Nowy Tomysl.

Als
Geschenktwerke
empfehlen, neu, zur Anschaf-
fung u. sofortigen Lieferung:
Storgaard-Petersen, Des
Glaubens Bedeutung
im Kampf ums Dasein,
geb.
Jas Herz hinein! Samm-
lung von Sprüchen und
Biedern relig. Inhalts, geb.
Piening, Lebensbuch.
Eine Mitgabe aus dem Le-
ben —, fürs Leben —, zum
Leben —, geb.
Zerfegen, Geistliches
Blumengärtlein, geb.
Trautvetter, Allerlei zum
Nachdenken, geb.
Spitta, Pfalter u. Harfe,
geb.
Tausend Sprüche, geb.
Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.
Abt. Versandbuchhandlg.

Prachtgeflechte
liefert a. verzinktem
Draht in bester Aus-
führung. **Holen Sie**
Offerte ein unter
Ang. d. Quantums.
Alexander Maennel
Nowy Tomysl 5.

Fortzugshalber
diverse Möbel,
Haushaltungsgegenstände,
Weingläser, Teppich, Gar-
tenmöbel usw. preiswert
zu verkaufen.
Matejki 61 II, links.

Eisschrank
preiswert zu verkaufen.
Matejki 61 II, links.
Nähmaschine,
in tadellosem Zustande,
Seibel & Naumann, preiswert
zu verkaufen.
Matejki 61 II, links.

Deutsche in Polen

finden Sie nirgends so zahlreich und dicht beieinander-
wohnend, als gerade in Lodz, dem großen Industrie-
zentrum Kongreß-Polens. — Von den mehr als
500 000 Einwohnern der Stadt und Umgegend spricht
fast die Hälfte deutsch. — Die Deutschen gehören allen
Gesellschaftsklassen an.

Wollen Sie erfolgreich inserieren?

Wenn Sie das wollen, benützen Sie unbedingt die
im 23. Jahrgang erscheinende

„Neue Lodzer Zeitung“

die gegenwärtig unstreitbar das gelesenste und verbreitetste
Blatt ist, als deutsche Zeitung wohl im ganzen Reich.

— Probenummern auf Wunsch gratis. —

Die „Neue Lodzer Zeitung“ ist durch die nachweis-
liche Erfolge ein glänzendes Insertions-Organ. —
Redaktion und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauerstr. 15.
Postfachkonto: Warszawa Nr. 61982.

Gute Existenz!

Krankheits halber sofort veräußert, allein-
geführte, gut eingerichtete

Buchdruckerei in Danzig

(gute Lage, langjähriger Mietvertrag). Schnellpresse, Lief-
druckpressen, Bohlenpressen, sämtliche Hilfsmaschinen reich-
haltiges Schriftmaterial alles gut erhalten. Nur ernste
Reflektanten mit größerem Kapital wollen Offerten ein-
reichen unter W. 7255 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Der freihändige Bodverkauf aus meiner
von der „Izba Rolnicza“, Poznań anerkannten
Stammshäuferei von ca. 40 sprungfähigen, ungehörnten
schweren, bestgeformten und sehr wolfrichen

Merino-
Fleisch-
Schafböcken

im Alter von einem Jahre fünf Monaten und im
Gewicht von ca. 2 Jtr. meiner reinblütigen, fröh-
lichen Merino-Fleischschafe hat begonnen.

In meiner Herde wird grundsätzlich
weder Diphley- noch Mele-Blut verwendet.

von Busse, Latkowo

Telephon 52 bei Inowroclaw Telephon 52.

Bei Anmeldung stehen Wagen auf der Station Ino-
wroclaw bereit.

Berkaufe freihändig

aus meiner von der Izba Rolnicza anerkannten Stammshäuferei

35 Fleischwoll-Merino-
v. Gierke, Polanowice,

Post Kruszwica. Telephon 11. Station Polanowice.

Bahnanstöße günstig!

Bauausführungen
jeder Art.

Umbauen, Spezialität: landw. Bauten
bis 40% unter Tagespreis. Erbschaftsstagen.
— Aufträge umgehend erbeten. —

B. Ziegahn, Maurer- und Zimmermeister,
ger. vereid. Baufachverständiger, Ksiaz, pow. Srem.

Für Auswanderer nach Deutschland offeriere ich
zum Verkauf

Güter, Landwirtschaften usw.
in verschiedenen Gegenden Deutschlands. Offerten erbeten
unter S. 7106 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Klavierschule, Damm

(Deutsche Ausgabe), zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote
mit Preis erbittet Alfred Drauschke, Jezierzycze kos-
cielne, pow. Leszno. (7219)

Wegen Umzug verkaufe ich
v. 6 Zimmern alle Möbel
Auch einzeln.

Tel. 15. Gustavus, Swarzędz. Tel. 15.

1 kompl. Herren-Zimmer

(Stiche), gut erhalten. erstklassige Arbeit. ist sofort günstig
zu verkaufen. Poznań, Przerzeczna 1 II. Stg. 2.

Berkaufe
zwei gut zusammenpassende, flotte, starke
Wagenpferde,

5 und 6 jährig. Br. Wallach und Fuchshengst. Hengst her-
vorragend zur Zucht geeignet, gefört, Kanadierjohn. Pferde
ebtl. auch einzeln veräußert.

E. Coelle, Kolatka p. Biskupiec (Pozn. Wschd.)

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichner bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juni 1924

Name

Wohnort

Postanstalt

Strasse

Berschiedenes

Tausche

ein elegantes Automobil
Marke Laurin & Klement,
45 PS., neueste Fassung,
wenig gebraucht, komplett
renoviert, mit elektrischer Be-
leuchtung, auf ein kleines
Dreifüßer-Automobil, nicht
stärker als 20 PS., wenig
gebraucht, in gutem Zustande.
Gefl. Offert. unt. Nr. 59.118
an „PAR“, Poznań,
27. Grudnia 18.

Junges Mädchen, 20 Jalt,
sucht gleichalterige Freundin.
Gefl. Ang. u. A. 7270 a. d.
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.



Milchkannen

H. Jan Markowski
Poznań
Mielżyńskiego 28
Tel. 52-43.

Folgende Zeitschriften em-
pfehlen wir zum Abonnement:
Gartenlaube — Daheim —
Bazar — Elegante Mode —
Fürs Haus — Dobach's
Frauen- und Modezeitung
m. Schnittmuster — Dobach's
Praktische Damen- u. Kinder-
moden mit Schnittmuster —
Deutsche Jägerzeitung —
Geflügelzeitung — Fischer-
zeitung und andere mehr.
Westermann's Monatshefte
— Velhagen u. Klasing's
Monatshefte usw.
Posener Buchdruckerei
und Verlagsanstalt T. A.
Abteil. Versandbuchhandlung.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Täglich frischer (7271)

Spargel.

Konsumverein, Wladyslaw 3

Das Mieterchukgesetz vom 11. April 1924.

(Dziennik Ustaw Nr. 39.)

Gültig vom 1. Juni 1924 an.

(Schluß.)

Teil V.

Wohnungsmoratorium für Arbeitslose.

Artikel 23.

1. In Fragen der Ermittlung kann das Gericht bzw. das Schiedsamt von Amts wegen oder auf Antrag des Beklagten unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse den Termin der Namung des Mietmengenhandes auf sechs Monate hinausschieben. In Ermittlungssachen aus Ein- oder Zweizimmerwohnungen kann das Gericht von Amts wegen oder auf Antrag des Beklagten die Vollstreckung der ausgesprochenen Ermittlung bis auf sechs Monate hinausschieben, soweit eine solche Hinausschiebung mit der Lage des Beklagten und besonders damit begründet wird, daß er durch von ihm unabhängige Umstände ohne Arbeit bleibt.

2. Zu diesem Zweck hat das Gericht das Recht, Beweise von Amts wegen zu sammeln. Das Fehlen von Arbeit für den Beklagten kann durch eine entsprechende Bescheinigung des zuständigen staatlichen Arbeitsvermittlungsamtes festgestellt werden.

3. Bei der Erteilung einer Frist benachrichtigt das Gericht gleichzeitig das zuständige staatliche Arbeitsvermittlungsammt und das Gemeindevorstand, in dem der Berufende anständig ist.

Artikel 24.

Der Beklagte verliert das Recht auf Genuß des Wohnungsmoratoriums, wenn er nicht eine angemessene Arbeit annimmt, die ihm das staatliche Arbeitsvermittlungsammt unter den in der betreffenden Ortschaft üblichen Bedingungen verschafft, mit Ausnahme dann, wenn die Wohnung Betriebe betrifft, in denen der Streik oder Lockout herrscht. Die Arbeit muß als entsprechend gelten, wenn sie der Qualifikation des Beklagten entspricht, sein Leben oder seine Moral nicht bedroht, nach den in der betreffenden Ortschaft, Bezirk oder Beruf üblichen Sätzen genügend bezahlt ist und dem Berufenden kein Hindernis beim Zurückkehren zu seiner erlernten Arbeit in den Weg legt.

Teil VI.

Steuerbestimmungen.

Artikel 25.

1. Im Jahre 1924 wird von den Hausbesitzern in der Stadt, sowie auch von den Besitzern von Häusern auf den Dörfern, welche Einkommens- oder Gewerbscharakter haben und nicht mit der landwirtschaftlichen Erzeugung verbunden sind, ausgenommen des Staatschages eine Steuer in Höhe von höchstens 30 Prozent von der von den Mietern gezahlten Miete ausbleibend der Aufschätzungen (Art. 7 und 8) bzw. von dem Zinswert der nichtvermieteten Räume erhoben.

Diese Steuer wird nicht erhoben a) von Häusern, von denen das Einkommen 25 Prozent nicht übersteigt; das Einkommen für Häuser, die den Vorschriften über den Mieterchuk unterliegen, wird laut Norm des Art. 6 in Übereinstimmung mit den Sätzen, die bis zum Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes verpflichtend, berechnet; b) von neuangeführten Gebäuden, die den Vorschriften des Gesetzes vom 22. September 1922 über die Erleichterungen für neuverbaute Gebäude unterliegen; c) von Gebäuden oder einem Teile davon, die der Haus-Klassensteuer unterliegen.

2. Nähere Bestimmungen über die Berechnung und Erhebung der obigen Steuer werden durch eine Verordnung des Staatspräsidenten, herausgegeben auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates, erlassen werden.

Teil VII.

Strafbestimmungen.

Artikel 26.

1. Wer etwas Umgehung oder Vereitelung der Vorschriften dieses Gesetzes vor dem Schiedsamt für Mietsachen die Unwahrheit anspricht oder die Wahrheit verschweigt, auf andere Art die Vorschriften umgeht oder zu umgehen versucht oder dazu beizutragen hilft, — wird mit einer Strafe von 3 bis 600 Prozent mit Arrest bis zu 6 Wochen bestraft. Diese beiden Strafen können auch gleichzeitig verhängt werden. Zuständig sind die Kreisgerichte (Kreishauptgerichte).

2. Die Forderung und Annahme von Miete oder anderen Gebühren in unzulässiger Höhe unterliegt einer Bestrafung laut den Vorschriften über die Bekämpfung des Betrugs.

Teil VIII.

Schlußbestimmungen.

Artikel 27.

1. Vom Tage der Bekanntmachung dieses Gesetzes bis zum 1. Juli 1928 dürfen keinerlei Wohnräume in Bureau, Lager, Theater, Kinos, Spielräume, Festräume oder Handels-Industrie-

lokale umgewandelt oder zu einem dieser Zwecke in Benutzung gegeben werden.

2. Diese Vorschrift betrifft jedoch nicht Tauschlokale, für die der Hausbesitzer dem Mieter eine der Größe und der Art nach gleichwertige Wohnung im aufgegebenen Teil desselben Hauses zur Verfügung stellt. In diesem Falle ist der Mieter verpflichtet, bis bis jetzt innegehabte Wohnung zu verlassen und in die neue Wohnung auf Kosten des Vermieters überzusiedeln. Diese Wohnung unterliegt, so lange sie der Mieter nicht verlassen hat, den Vorschriften des Gesetzes.

3. Personen, die die im Abschnitt 1 angeführten Bestimmungen übertreten, unterliegen einer Strafe im Sinne des Art. 28 und außerdem werden sie auf dem Wege des administrativen Befehls gezwungen, dem Lokal den früheren Wohncharakter wiederzugeben. Im Falle der Nichtausführung dieses Befehls wird die Umgestaltung durch die Behörden auf Kosten des Schuldigen ausgeführt.

Artikel 28.

1. Der Hausbesitzer ist verpflichtet, den Mietgegenstand in gebrauchsfähigem Zustande zu erhalten und die entsprechenden Bestimmungen der Baupolizeibehörden auszuführen.

2. Im Falle irgend welchen Umbaus muß der Hausbesitzer dem Mieter die Möglichkeit sicherstellen, die gemieteten Räume zu benutzen und die entsprechenden Bestimmungen der Baupolizeibehörden befolgen.

3. Zwecks Ausführung ihrer Verordnung kann die Behörde Zwangsmassnahmen anwenden, die in den Baupolizeivorschriften vorgesehen sind.

Artikel 29.

1. Um den aus Staatsgebäuden entfernten Mietern (Art. 6 Abs. 2 des Art. 11), sowie den Beamten und Angestellten des Staates Räume zu verschaffen, ist der Staat berechtigt, über Wohnungen, die er in fremden Häusern, sei es auf Grund von Miete dieser Lokale, sei es auf Grund des Gesetzes vom 27. November 1919 über die Pflicht der Stadtgemeinden zur Stellung von Räumen inne hat, zu verfügen. Insbesondere hat die Regierungsbehörde das Recht, ohne Einverständnis des Hausbesitzers diese Lokale im ganzen oder teilweise obengenannten Personen zu überlassen.

2. Der Immobilienbesitzer hat das Recht, im Laufe von vierzehn Tagen nach Empfang der Anzeige gegen die Änderung der Bestimmung der einzelnen Lokale zu protestieren, wenn eine solche seinen Interessen erheblich zuwiderläuft. Darüber, ob der Protest begründet ist, entscheidet das Mieterchukamt oder das Gericht. Der Protest hält die Durchführung der Bestimmung nicht auf.

3. Zwischen dem Immobilienbesitzer und den rechtmäßigen Nachfolgern des Staates entsteht ein unmittelbarer Mietvertrag. Der Mietbetrag, den die Regierung zahlt, darf durch die Teilung der Wohnungen nicht kleiner werden.

Artikel 30.

Ausländer genießen den Schutz des Gesetzes dann, wenn in ihrem Lande polnische Staatsbürger in dieser Beziehung der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt sind.

Artikel 31.

Das gegenwärtige Gesetz erstreckt sich nicht auf die Wojewodschaft Schlesien.

Artikel 32.

Die Durchführung des gegenwärtigen Gesetzes wird den Ministern der Justiz und des Innern übertragen. Der Justizminister wird ermächtigt, Verordnungen zu erlassen und zu veröffentlichen, welche die Rechte des Vorstehenden des Mietschiedsamtes normieren, soweit diese erforderlich sind, um das richtige Funktionieren dieses Amtes, sowie die Ruhe und den Ernst der Verhandlungen zu gewährleisten.

Artikel 33.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem ersten Tage des der Veröffentlichung folgenden Monats in Kraft.

Von demselben Termin an wird auch die Anwendung der Normen, die in den Artikeln 5-9 angegeben sind, auf alle, sogar auf hypothetisch eingetragene Verträge gestreckt sein, die vor dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes abgeschlossen worden waren, sofern die Parteien nicht andere Abmachungen treffen.

Gleichzeitig verlieren ihre Gültigkeit: das Gesetz über den Mieterchuk vom 18. Dezember 1920 (Dziennik Ustaw Nr. 4, Pos. 19), sowie das Dekret Nr. 407 des militärischen Oberkommandos der Zentral-Russischen Gruppen vom 15. November 1921 über die Normierung der Zahlung für besetzte Lokale (Dz. U. Z. R. P. Nr. 546).

Berichtigung.

In Artikel 12 des Mieterchukgesetzes ist ein Verbum unterlassen; es muß dort heißen: „Falls der Mieter nicht, treten seine Kammern aufsteigend und absteigend Linie an und Ge-schäftster, die bis zu seinem Tode usw.“

Im Kampfe um die Selbstverwaltung.

Der „Feldzug der nationalen Minderheiten!“

In seiner gestrigen Ausgabe spricht der „Kurjer Półn.“ von dem Problem der Selbstverwaltung in Polen. Der Artikel, der vom nationaldemokratischen Standpunkt geschrieben ist, enthält in den Ausführungen einen bemerkenswerten Absatz über die nationalen Minderheiten, der wieder zeigt, wie man beim „Kurjer“ Tatsachen zu verwechseln trachtet, um die „Ziele“ zu erreichen, die der Partei voranschweben, ohne zu bedenken, daß Polen nicht dadurch leben wird, daß es Parteien hat, sondern dadurch, daß es seine Pflicht erfüllt. Wir geben die Auslassung des „Kurjer Półn.“ wieder, ohne uns bemüht zu fühlen, dazu ausführlicher das Wort zu ergreifen.

Der Artikel zeigt nur eines, daß man bei den Nationaldemokraten in Polen noch nicht viel hinzugelernt hat. In dem genannten Artikel heißt es u. a.:

„Die Ausarbeitung der Selbstverwaltungsverfassung kann für die Geschichte Polens, seine Lebensfähigkeit und politische Entwicklung entscheidend sein. Eine gute Selbstverwaltung kann dem polnischen Staate die Ausübung der wirtschaftlichen, administrativen, politischen und militärischen Funktionen erleichtern, während eine böse Selbstverwaltung zur Forderung der Einheit Polens beitragen und unseren äußeren und inneren Feinden die Disputationsarbeit erleichtern kann. Das Selbstverwaltungsproblem ist also nicht nur vom Standpunkt der Dorf- oder Stadtgemeinde der betreffenden Teilgebiete oder Wojewodschaften zu lösen, sondern vor allem vom Standpunkt des Interesses der ganzen Nation und des Staates. Es gibt in Polen nicht nur nichtpolnische politische Faktoren, die mit Hilfe der Selbstverwaltung die bisherige Struktur des polnischen Staates umbauen, durch die Schaffung der Autonomie einzelner Gebiete den Grundriss des Föderalismus einschmeißen und Polen in einen Nationalitätenstaat nach dem Muster der früheren Monarchie der Habsburger umwandeln (!) wollen.“

Der gegenwärtige Feldzug der nationalen Minderheiten im In- und Auslande, die Noten der deutschen Regierung und der Sowjetregierung über angebliche Verfolgungen der Deutschen in Schlesien und der Ukrainer und Weißrussen in den Ostmarken, die Aufrufe der französischen Radikalen mit Perriol an der Spitze, und endlich die Mahnungen und Ratschläge, die von den Herren Niedzialkowski und Kosner aus dem Auslande mitgebracht wurden, — fließen aus einer Quelle. Diese Operationen reichen noch weiter und haben ihr Ziel vielleicht in der Vernichtung Polens. (!) Indirekt aber wollen sie auch auf den Verlauf des Kampfes zwischen den beiden polnischen Lagern einwirken, der sich in der Frage unserer Selbstverwaltungs-gesetze abspielt. Bei der Aufstellung der Hauptsätze unserer Selbstverwaltungsverfassung müssen wir also darauf achten, daß der nationale Charakter unseres Staates nicht gebrochen wird.

Der Abgeordnetenkongress des Nationalen Volksverbandes beriet am 1. Mai über diese Fragen, und nach dem Referat des Abg. Medard Kozłowski über das Thema der Selbstverwaltung wurden eine Reihe von Entschlüssen angenommen, unter denen wir lesen: Die Selbstverwaltungs-gesetze müssen im ganzen Staate einheitlich sein, unter Berücksichtigung der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Unterschiede in gewissen Gebieten. Doch sollen die Rechte der polnischen Sprache als Amtssprache garantiert werden. Und endlich stellt der Kongress des Nationalen Volksverbandes den unerschütterlichen Standpunkt fest, daß die selbstverwaltliche Gesetzgebung den Grundriss der Einheitlichkeit des Staates nicht aufgeben darf, und daß der Kongress von diesem Grundriss nicht abgehen wird. In dieser Hinsicht wurde der Standpunkt mit allen Parteien vereinbart, die die polnische Mehrheit im Sejm bilden. Die Juden streben nach einer kulturell-nationalen Autonomie, die ukrainischen und weißrussischen Klubs nach territorialer Autonomie. Die Deutschen aber unterstützen alle Tendenzen, die den polnischen Staat schwächen und zersplittern. (!) Auf Grund der in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen können wir mit Bestimmtheit sagen, daß die ganze Aktion der nationalen Minderheiten in Polen von den Deutschen geleitet wird. (!) Die polnische Linke nimmt eine nicht einheitliche Stellung ein. Die Sozialistenpartei hat in kürzlich angenommenen Entschlüssen noch einmal ihre Bestrebungen nach Verleihung einer territorialen Autonomie an die Ukrainer und Weißrussen kundgetan. Die Wyzwoleńcegruppe hat sich noch nicht definitiv erklärt, wird aber vorwiegend den Standpunkt der Sozialisten unterstützen. Es ist also zu folgern, daß sich auf dem Boden der Selbstverwaltungsverfassung ein Kampf um den Charakter und die Struktur des Staates abspielen wird.“

Amerik. Copyright by Carl Duncker, Berlin W. 62.

Das goldene Netz.

Roman von Otto Lothar Niemisch.

(17. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterlag.)

Und während er durch das Dunkel wie gegen eine zurückweichende Wand stieß, rangen in Martin Zweifel und Vertrauen in erbittertem Kampf. Immer wieder klang es in seinem Ohr: Warum verschwiege sie mir, daß Robbe bei ihr war? Er ahnte irgend einen Zusammenhang zwischen ihm und Marianne. Kleine plötzlich auftauchende Erinnerungen huschten wie helle Lichter über seinen Gedankenweg. Seine Stimmchen raunten ihm dies und jenes zu.

Aber als er endlich hochaufatmend in seinem stillen Zimmer stand, wo Wärme und Bescheidenheit ihn wie ein Atemzug Marianne begrüßte, da hatte er sich zurechtgefunden. Die Stimmen aus dem Dunkel waren langsam verhallt. Der Zweifel war verweht. Es war klar um ihn. „Ich glaube dir Marianne... Aber enttäusche diesen Glauben niemals...“

Pünktlich um 1/9 Uhr abends stand Martin am nächsten Tage im Bühnenklub. Das appetitliche junge Mädchen mit dem weißen Schürchen und dem weißen Häubchen begrüßte ihn wie einen alten Bekannten, und wieder schürzte sich ihr Mäulchen wie zu einem Lächeln oder zu einem Kuß. Alle ihre Räume lagen strahlend erleuchtet. Man hörte Stimmengewirr und Durcheinanderlachen, Gläserklirren und Tellerklappern. Aus dem Musikzimmer erklang sehr schwungvoll die süßliche „Matinata“. Zu der Sitzung des Vereins für Theaterkultur hatte man den gefälschten Esaal hergerichtet. Er machte sich sehr feierlich. An zwanzig Herren waren schon darin versammelt. Alles namhafte Größen aus der Groß-Bankiers, Großkaufleute, einige Direktoren aus der Groß-Industrie, Rechtsanwälte, ein paar Stadträte, ein Gymnasialdirektor, zwei Architekten, ein Filmregisseur und schließlich der

Oberregisseur des Schauspielhauses, Dr. Mah. Mit Ausnahme der Herren von der Großindustrie bot die Versammlung kein sehr schmeichelndes Bild. Unter den mehr oder weniger krummbeinigen, krummnasigen, krummrückigen Erscheinungen wirkte Martin in seinem aufstehenden Gut, dem Prunkstück seines Garderobenschrankes, wie eine Erlösung. Er ließ sich den Vorstehenden, Rechtsanwalt Dr. Millering, zeigen und stellte sich ihm vor. Dr. Millering besann sich sofort und schüttelte ihm freundlich die Hand. Seine sämtlichen Haare schienen vom Kopf in den Bart gerutscht zu sein, der wie ein riesiger Fußsack sein Gesicht umhing. An einer gewaltigen Nase vorbei sahen ein paar runde, fluge, aber harte Augen in die Welt.

„Sie kommen gewissermaßen für die Presse?“ fragte er. „Für die Presse nicht, aber von der Presse,“ antwortete Martin. „Aber das hat mit meinem Hiersein nichts zu tun. Mich führt mein Interesse als Schriftsteller hierher. Herr Robbe hat Ihnen ja wohl den eigentlichen Zweck meines Besuches auseinandergesetzt.“

„Jawohl, jawohl, jawohl — Sie haben Dramen geschrieben und Sie sind eine Hoffnung. Wir suchen neue Talente. Wir haben Großes vor. Sie werden sehen. Robbe ist ein fabelhafter Mann, wofür er alles Zeit findet...! Aber kommen Sie, ich mache Sie schnell bekannt.“

Er schleppte Martin von Gruppe zu Gruppe. Namen flogen wie Bälle hin und her. Verbeugungen, Händedrücke... Es dauerte eine Weile, bis die Prozedur überstanden war. Der letzte war Dr. Mah. Sehr klein und unscheinbar, aber mit ungemein scharfen und intelligenten Zügen. Er hielt Martins Hand länger als die übrigen fest und sagte: „Ich kenne Sie schon.“

Dr. Millering, froh, Martin untergebracht zu wissen, überließ ihn mit einer scherzhaften Bemerkung seinem Schicksal. Der Regisseur sah zu dem beträchtlich größeren Martin mit funkelnden Brillengläsern in die Höhe.

„Ich freue mich,“ sagte er mit auffallend angenehmem Organ, „daß ich noch Gelegenheit zu ein paar Worten mit Ihnen habe, bevor der eigentliche Akt hier in Szene geht.“

Und ich bedaure nur, wenn ich Ihre Erwartungen gleich auf ein gewisses Maß herabschrauben muß. Machen Sie sich für Ihre „Weltbürger“ von hier aus keine Hoffnung. Die gehören hier nicht her. Sie dürfen nicht vergessen, daß das, was Sie heute hier sehen, ein reines Geschäftsförderung ist. Der Name ist nur Dekoration. Im Grunde dreht es sich weder um Theater, noch um Kultur, sondern um Pinke-Pinke, auf verzinsten Aktien und so. Na, Sie werden ja selber sehen.“

„Dann kann ich ja eigentlich wieder gehen,“ meinte Martin mit trockenem Auflachen.

„Davon ist keine Rede. Ich habe nur das Unangenehme vorweg genommen, um Ihnen klaren Wein einzuschütten. Ich habe Ihr Drama heute Nacht in einem Zug gelesen. Wenn ich ein unabhängiger Theaterdirektor wäre, ich ließe es nicht mehr aus den Händen. Aber wo haben wir noch unabhängige Theaterleiter? Das Stück ist sehr stark. In der Nacht hatte ich schon vollständig die Umrisse der Inszenierung vor Augen. Ich möchte es inszenieren, ich werde es auch einmal. Aber wir müssen warten. Das Drama ist Jugend, ist Blut, ist Leben. Es ist ein Schrei, ein Gericht. Aber Sie können nicht verlangen, lieber Freund, daß die Leute, die hier herumstehen, für die Tendenz auch noch ihr Geld hergeben. Voller Häuser werden Sie haben, aber es sieht sich niemand gerne an Branger, der obendrein nur ein paar Schritte vom Galgen steht. Es ist mit das Stärkste, Ehrlichste und Wirksamste, was mir seit langem unter die Hände gekommen ist.“

Eine große Freude stieg in Martin wie eine heiße Welle empor und verwirrte ihn ein bißchen.

„Sie machen mich sehr froh, Herr Doktor,“ sagte er einfach. „Aber die Ehrlichkeit und Kompetenz Ihres Urteils hat mich Marianne Dollf nicht im unklaren gelassen. Ich hätte es auch zu werten verstanden, wenn es nicht so schmeichelhaft ausgefallen wäre.“

Dr. Mah streifte ihn mit raschem, prüfendem Blick und sah dann angelegentlich in den kunstvoll geschmiedeten Kronleuchter hinauf.

(Fortsetzung folgt.)

Singet dem Herrn!

Am Kantatesonntag begeht die evangelische Kirche allenthalben das dankbare Gedächtnis des ersten vor 400 Jahren erschienenen Gesangbuchs. Damals gab Dr. Martin Luther seine ersten Lieder in Druck, und sofort sproßte üppig und verheißungsvoll das Kirchenlied hervor. Das Jahr 1524 hat der evangelischen Kirche gleich drei Gesangbücher geschenkt: das Achliederbuch Luthers, das Walthersche Chorgefangsbüchlein und das sogenannte Ernter Eucharistion. Seitdem singt und klingt es in der Kirche des Evangeliums.

Das Gesangbuch gehört zu den Büchern, die ihre Bedeutung darin haben, zu allen Zeiten und bei allen Gelegenheiten in Gebrauch genommen zu werden und immer das rechte Wort zu bieten. In Kirche und Schule, in Palast und Hütte hat es seinen Platz, im Leid und am Freudenlage spricht es aus, was wir empfinden, am Hochzeitstage und am Sarge werden seine Klänge laut. So lange es Menschen gibt, die Gott dienen und anbeten, so lange hat auch der heilige Gesang sein Recht. Die Väter haben ihn angestimmt, und die Enkel werden ihn singen.

Der alte fromme Brauch der Väter, am Sonntag nachmittags zu Haus die Lieder der Kirche anzustimmen, ist weithin verloren gegangen. Aber die Form tut's ja auch nicht. Sollten aber nicht auch heute sich Menschen daheim am Kirchenlied erfreuen können? Es ist jodel Sangeslust in der Jugend. Die alten Volkslieder werden wieder lebendig, warum nicht auch die alten Weisen der Kirche? Die erste Verbreitung der Kirchenlieder geschah von Mund zu Mund, so wie es jener Tuchmacher tat, der am 6. Mai 1524 auf dem Marktplatz in Magdeburg unter der Bildsäule Ottos des Großen Luthers Lieder „Aus tiefer Not“ und „Es wolle Gott uns gnädig sein“ nicht nur gedruckt verteilte, sondern vorsang. Es wird so viel und so gern gesungen. Möchten wir es wieder lernen, dem Herrn zu singen in der Kirche nicht nur, sondern in Haus und Hof, in Lust und Leid, in Feld und Wald, in Feierstunden und bei der Arbeit — singet dem Herrn!

D. Blau-Posen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 16. Mai.

Kirchliche Jubiläumswache.

III.

Die Jahresversammlung der Posener Missionskonferenz begann Dienstag nachmittags 5 Uhr mit einem Festgottesdienst in der St. Paulischen. Superintendenturberweser Diestellkamp aus Inowroclaw predigte über den 100. Psalm und schilderte den erhebenden Verlauf der am 29. Februar d. Js. stattgehabten 100-Jahrsfeier der Gesellschaft zur Förderung der evangelischen Mission unter den Heiden. Der Kirchenchor der Pauligemeinde unter Leitung des Lehrers Jakob gab dem Gottesdienst durch den Vortrag einer Motette besonders festliches Gepräge.

In der abends 8 Uhr sich anschließenden Nachfeier im Saale des Evangelischen Vereinshauses stellte Pastor Mahler aus Gempin das Missionshaus der genannten Gesellschaft mit seinem reichen Besatz als Ausbildungsstätte der Heidenboten dar. Der zweite Vortragende des Abends war Pastor Gieseler aus Dobrzyca, der aus seiner missionarischen Tätigkeit in China das Reich der Mitte, sein Volk und die evangelische Mission daselbst unter Hervorhebung „breiter Bahnbrecher der Mission im fernen Osten“ charakterisierte. Die Gesänge wurden vom Posaunenchor des Evang. Vereins junger Männer wirkungsvoll begleitet.

Am Mittwoch vorm. 8½ Uhr folgte die Synodalhelferkonferenz. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten hielt Pastor Wächner aus Posen einen geschäftlichen Vortrag über die Beziehungen zwischen dem Posener Lande und der evangelischen Heidenmission unter besonderem Hinweis auf die Bedeutung, die einst das Rappardische Haus in Pinnar für die Begründung des Missionslebens in unserem Lande gehabt hat. In der um 10 Uhr beginnenden Hauptversammlung stellte Studiendirektor Dr. Schneider das Verhältnis zwischen Theologie und Mission in einem Vortrage dar, der auf das Ergebnis hinauslief, daß die beiden sich gegenseitig reich befruchten und die Pflege von Mission und Theologie ebenso sehr der Kirche in der Heimat, wie in den Heidenländern frommt.

Gesangbuch-Jubiläum.

Die Jubelfeier des 400jährigen Bestehens des Evangelischen Gesangbuchs wird am nächsten Sonntage Kantate, dem 18. Mai, in allen evangelischen Kirchen der Stadt durch Festgottesdienste vormittags um 10 Uhr begangen werden. Für alle Posener Gemeinden findet dann abends um 8 Uhr ein Familienabend in der Kreuzkirche statt. Herr Pastor Sawomy spricht über das Thema: „Das Gesangbuch ein Spiegel der evangelischen Frömmigkeit“; Herr Generalsuperintendent D. Blau über: „Das Gesangbuch ein Mittel zur Pflege der evangelischen Frömmigkeit“. Deklamationen, Solofang, gemeinsame Gesänge und Chorlieder des Bachvereins umrahmen die Vorträge. Die Gesangbücher sind zu dem Familienabend mitzubringen. Der Eintritt ist frei.

Eisenbahn-Sondertarif.

Das Eisenbahnministerium hat in Anerkennung der Notwendigkeit, ermäßigte Fahrpreise für religiöse, volksaufklärende, sportliche und landeskundliche Zwecke zu gewähren, mit dem 1. d. Mts. einen Sondertarif eingeführt, wodurch die Eisenbahnfahrpreise hierfür bedeutend herabgesetzt werden.

Nach diesem Tarif zahlen Teilnehmer an Pilgerfahrten, Kongressen, Ausflügen usw. für die Fahrt bei der Benutzung höherer Wagenklassen den Tarif der niederen Klassen, d. h. anstatt der dritten die vierte, anstatt der zweiten die dritte und anstatt der ersten die zweite Wagenklasse. Für größere Gruppen von mindestens 500 Personen werden Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen gestellt. Vorbedingung für die Erlangung von ermäßigten Fahrpreisen ist, daß die Mindestzahl der zu befördernden Personen sich auf 30 bezieht und die Entfernung zum mindesten 30 Kilometer ausmacht. In Fällen, da eine Zusammenfahrt der Ausflüge, Kongreßteilnehmer usw. aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, die Fahrteilnehmer auf der Einfahrt also getrennt reisen und eine Ermäßigung dafür nicht einklagen können, ist in obigem Tarif eine doppelte Ermäßigung für die Rückfahrt vorgesehen (in der dritten Klasse der halbe Preis der vierten, in der zweiten der halbe Preis der dritten, in der ersten der halbe Preis der zweiten). Hierbei ist es gleichgültig, nach welchen Stationen die Fahrteilnehmer reisen doch müssen die Fahrt am Sammelbunde mindestens 30 Personen antreten und die Entfernung 30 Kilometer ausmachen. Wunders Erlangung der Fahrpreisermäßigung müssen die Ausflüge, Pilgerfahrtenführer usw. sich sieben Tage vor Beginn der Reise schriftlich an die Eisenbahndirektion des betreffenden Bezirks wenden.

In den schriftlichen Anmeldungen muß der Reisezweck, die genaue Fahrstrecke sowie die Anzahl der Fahrteilnehmer angegeben werden. Auf Grund dieser Anmeldung teilt die Eisenbahndirektion die Reisebedingungen mit.

Weitere Liquidierungen.

Nachstehend geben wir die weiteren Liquidierungen nach der Veröffentlichung in Nr. 105 des „Monitor Polski“ wieder:

Obara, Ar. Gnejen, Besitzer Wilhelm König; Bieltie-Mhino, Ar. Gnejen, Besitzerin Marie Maibach; Wogorzewo, Ar. Gnejen, Besitzer Christian Meher; Wogorzewo, Ar. Gnejen, Besitzer Heinrich Dämmer; Goglinowo, Ar. Gnejen, Besitzer Friedrich Papernann; Olejahn, Ar. Gnejen, Besitzer Hermann und Wilhelm Lange; Strzeluszewo, Ar. Gnejen, Besitzer Wilhelm Bergmann; Sroczyń, Ar. Gnejen, Besitzer Heinrich Dämmer; Modliszewo, Ar. Gnejen, Besitzer Jakob Tiefenbach; Sielec, Ar. Inowroclaw, Besitzer Friedrich Meje; Sielec, Ar. Inowroclaw, Besitzerin Marie Rasche; Michowice, Ar. Inowroclaw, Besitzer Alfred Altschädt; Modliborzyce, Ar. Inowroclaw, Besitzer Emanuel Seher; Modliborzyce, Ar. Inowroclaw, Besitzer Fritz Weitz; Marcinkowo, Ar. Inowroclaw, Besitzer Johann Schaar; Kafel, Ar. Wirzib, der Besitzer Hermann Ulrich, Heinrich Deist, Christian Schmauch und Wilhelm Strudmann; Wiktorowo, Ar. Wirzib, Besitzer Wilhelm Zwelmeyer; Olkowitz, Ar. Wirzib, Besitzer Friedrich Heinemann; Kruska, Ar. Wirzib, Besitzer Franz Kense; Bobolka, Ar. Wirzib, der Besitzer Karl Mitteneben und Ernst Christian Schall; Blugowice, Ar. Wirzib, Besitzer Julius Spieckermann; Smieszyno, Ar. Gzarnikau, Besitzer August Steup; Ruffinowo, Ar. Strelno, Besitzer Paul Baumer; Racice, Ar. Strelno, Besitzer Heinrich Gerlach; Sumiatki, Ar. Gostyn, Besitzer Hermann Volking; Lutawo, Ar. Dobornil, der Besitzer Friedrich Wöbling, Julius Köhl und Heinrich Wiese; Goscieszewo, Ar. Dobornil, Besitzer Karl Marks; Dablin, Ar. Dobornil, Besitzer Samuel Bühler; Nowe Lipno, Ar. Schmiegel, Besitzer Heinrich und Marie Gentes; Wdzerowo, Ar. Schmiegel, Besitzer Heinrich Hedemann; Runowo, Ar. Wogorzewo, Besitzer Franz Wagner; Podlaski Rykowie, Ar. Wogorzewo, Besitzer Wilhelm Rüd; Gogorzewo, Ar. Schroda, Besitzer Ernst Kaiser; Midakowo, Ar. Schroda, Besitzer Hermann Rudolf; Konarzewo, Ar. Krotoschin, Besitzer Albin Gande; Miaskowo, Ar. Rosten, Besitzer Georg Winterstein; Pieruchy, Ar. Plejchen, Besitzer Josef Wesling; Rajecznica, Ar. Konik, der Besitzer Johann Gerke, Jerzy Michau, Peter Höner und Georg und Marie Michau; W. Konarzewo, Ar. Konik, Besitzer Gustav und Johanna Gierischewski; Szynwald, Ar. Graudenz, der Besitzer Karl Schlemme, Hermann Brodhaus, Christian Tempel, Alfred Köbel und Oswald Schulz; Prok. Dabrowka, Ar. Graudenz, Besitzer Emil Friedbrandt; Lwin, Ar. Schöck, der Besitzer Friedrich Tomas, Wilhelm Offenlopp und Fritz Hertlein; Pruska, Ar. Schöck, Besitzer Ferdinand Kruse; Gogorzewo, Ar. Schöck, der Besitzer August Patke, Ernst Burlik und Friedrich Steinmeier; Wadowo, Ar. Schöck, Besitzer Friedrich Treutemann; Brzezno, Ar. Schöck, Besitzer Heinrich Rubenberg; Blechowo, Ar. Schöck, der Besitzer Erich Rohloff und Friedrich Arnold; Glazewo, Ar. Kulm, Besitzerin Luise Fischer; Obory, Ar. Kulm, Besitzer Christian Lange; Eemlinck, Ar. Stargard, Besitzer Franz und Mathilde Stern; Sumin, Ar. Stargard, der Besitzer Karl Kleinschmidt, Wilhelm Fischer, Paul Mundi, Wilhelm Schiemme, Walter Benzje, Hermann Wohlmann und Hermann Zell; Praga, Ar. Stargard, Besitzer Reinhard Buße; Stargard, Ar. Stargard, Besitzer Hermann Staats; Dobowajna, Ar. Priesen, der Besitzer Friedrich Erberbrecht, Julius Reich, Friedrich Jorke und Heinrich Paule; Gable, Ar. Priesen, Besitzer Jakob Martin; Maja Monia, Ar. Luchel, Besitzer Richard Moschele; Konowick, Ar. Stargard, Besitzer Paul Brandt; Maja Cerkowica, Ar. Zempelburg, Besitzer Albert Müller; Jaleffe, Ar. Zempelburg, Besitzer Friedrich Albert Horne; Wierzgowo, Ar. Thorn, Besitzer Paul Neumann; Jazagowo, Ar. Lössau, der Besitzer Heinrich Ellermann, August Radtke, Johann Schwarz und Albert Tesmann; Lössau, Ar. Lössau, Besitzer Heinrich Rautenberg; Gzalin, Ar. Lössau, der Besitzer Friedrich Wöner, Gustav Schwarz, Karl Nabalowski, Wilhelm Boburski und Anna Schöler; Bratian, Ar. Lössau, Besitzer Fritz Müller; Dalmun, Ar. Dirschau, der Besitzer Peter Joachim, Heinrich Grote, Albert Schulz, Wilhelm Erdmann, Alma Brenning, Friedrich Schmiding, Wilhelm Schütte, Friedrich Hülle und Hermann Maages; Malzewo, Ar. Dirschau, der Besitzer Karl Gottschall, Otto Pirberg, Heinrich Rinne, Richard Mehl, Ludwig Schmieding und August Renzel; Sagerbiercin, Ar. Dirschau, der Besitzer Wilhelm Möhlmann und Ernestine Saffe; Legon-Gzylowko, Ar. Dirschau, Besitzer Paul Hermann; Wost. Rejnia, Ar. Schubin, der Besitzer Wilhelm Gille, Heinrich Korff, Wilhelm Brankmeier, Wilhelm Ostermeyer, Rufe Seebogel und Heinrich Meinede.

Das deutsche Generalkonsulat bittet uns bekannt zu geben, daß von Montag, den 19. Mai ab die Telefonnummern geändert werden. Die neuen Nummern sind 6622 und 6748.

Keine Einziehung von Stempelmarken durch Privatpersonen usw. Die Großpolnische Finanzkammer bittet uns, mitzuteilen: Da es immer häufiger vorkommt, daß Privatpersonen und Privat-institute Stempelmarken kassieren, die auf Geheiß an die Behörden zwecks Entrichtung der Eingabengebühr gelebt werden, gibt die Finanzkammer zur Kenntnis, daß zur Kassierung nach dem Gesetz nur Beamte ermächtigt sind, die bei den Behörden, an die die Eingabe gemacht werden, beschäftigt sind, während es Privatpersonen und Privat-institute nicht erlaubt ist, Eingaben, auf denen Stempelmarken von Privatpersonen und Privat-instituten leiert wurden, müssen als nicht gestempelt behandelt werden. Die Innehaltung der Vorschriften liegt im Interesse des Publikums, da sie vor erheblichen Verlusten schützt und eine frühere Erledigung der Eingaben zur Folge hat.

Post- und Telegraphenverkehr auf der Danziger Landwirtschaflichen Gewerbeausstellung. Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns, folgendes mitzuteilen: Die Freistadt Danzig veranlaßt in der Zeit vom 16. bis zum 19. Mai eine landwirtschafliche Gewerbeausstellung. Während dieser Ausstellung wird ein Post-Telegraphenamt unter dem Namen „Danzig-Danzig, Landwirtschafliche Ausstellung“ mit vollem Tätigkeitsbereich im Post-, wie im Telegraphenverkehr und Fernsprechverkehr, geöffnet sein. Auf den Postsendungen zur Ausstellung soll ausdrücklich das oben bezeichnete Postamt angegeben werden, dann die Nummer des Stabes oder, wenn der Adressat selbst vom Amt die Post abholt, „poste restante“.

Brennerkursus. Vom 16. bis zum 28. Juni d. Js. wird ein Brennerkursus für Vertreter von Brennerereien, die der Poznańska Spółka Ołowiana angehören, unter der Leitung des Prof. Chraszcz im Universitätsinstitut für Pflanzenphysiologie in Solich (Schöck) abgehalten werden. Vorträge (in polnischer Sprache) und Laboratoriumsübungen (zusammen 30 Stunden) werden folgende Gegenstände umfassen: Chemie, Brennerwesen, Dampfessel, Lehre über die Mikroorganismen und Spiritus-bereitung. Die Kosten der Veranstaltung trägt die Spółka Ołowiana. Die Anwesenheit der Teilnehmer ist von der Entrichtung des Lehrgeldes befreit. Meldungen um Aufnahme sind bis zum 7. Juni d. Js. an den Vorstand der Poznańska Spółka Ołowiana, Poznań, ul. Cieszkowskiego Nr. 5, zu richten.

Neufestsetzung der Zuckerpresse. Der Verwaltungsrat der polnischen Zuckerindustrie hat den Preis für weißen Kristallzucker für die zweite Hälfte dieses Jahres ausf. 100 Kilogramm festgelegt und auf 84 Hlotz für 100 Kilogramm festgelegt. Der Höchstpreis für Raffinade beträgt einschl. Steuer 120,55 Hlotz.

Eine eigenartige Nachricht macht jetzt durch einen Teil der Blätter die Runde, daß „zum Posener Stadtpresidenten der Ingenieur Witold Heidingen gewählt sei; der frühere Präsident Dr. Mieczkowski hat den Posten eines Direktors der Kant Polski übernommen.“ Die Nachricht ist eine Entstellung der Tatsache, daß in der letzten Stadterordnetenversammlung der Ingenieur Witold Heidingen zum Vorsitzenden der Stadterordnetenversammlung an Stelle des bisherigen Dr. von Mieczkowski gewählt worden ist.

Die Nachricht von dem Verlauf der Streichholzfabrik „Istra“ ergänzt der „Dziennik“, indem er hervorhebt, daß der Verkauf nach der Genehmigung der Generalversammlung der Aktionäre bedarf.

Das Posener Messamt bittet uns um die Veröffentlichung folgender Mitteilung: In hiesigen Blättern erschien eine Notiz darüber, daß die Firma Frankowski & Sijowski in Posen den Diebstahl von 10 Schraubstöcken, Marke „Emis“, angemeldet habe. Dieser Diebstahl wurde nach der Messe bei der Räumung des Geländes verübt. Hierzu teilt das Messamt mit, daß die erwähnte Firma ihre Exponate nach der Schließung der Messe ohne Aufsicht ließ und weder den Messevorstand noch die Expedition der Firma Hartwig davon benachrichtigte. Die Verantwortung für den Diebstahl trägt also nur die genannte Firma.

Kantvortrag. Der dritte Kantvortrag des Superintendenten R h o b e findet Montag, 19. d. Mts., 8 Uhr abends im Konfirmandensaal der Paulischen statt.

Posener Bachverein. Es sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die um der Missionskonferenz willen verlegte Chorprobe morgen, Sonnabend, um 7½ Uhr für die Damen, um 8½ Uhr für die Herren im kleinen Vereinssaal stattfindet.

Konzert. Wilhelm Bachhaus gibt am Dienstag, 20. Mai, im Evangelischen Vereinshaus ein Klavierkonzert.

Der Deutsche naturwissenschaftliche Verein unternimmt Sonntag, 18. d. Mts., einen Ausflug nach dem Annaberge. Abfahrt vormittags 10 Uhr nach Kobelnitz, dann Wanderung über die Forsterei Ludwigshöhe nach dem Annaberge und Gzernonak. Rückfahrt von dort 7½ abends. Gäste willkommen.

Der Verein Deutscher Sänger bittet uns mitzuteilen, daß der Ausflug nach Sassenhem bestimmt am Sonntag, 18. d. Mts., auch bei ungünstiger Witterung stattfindet. Sammelpunkt Hauptbahnhof Poznań. Abfahrt 7¾ Uhr morgens. Fahrkarten sind bis Bahnhofsstation Walezie zu lösen.

Ausflugsverkehr Posen—Ludwigshöhe. Die Posener Eisenbahndirektion bittet uns, mitzuteilen, daß vom 18. Mai bis zum 31. Mai einschl. auf der Strecke Posen—Ludwigshöhe folgende Ausflugszüge verkehren: Zug Nr. 813: Posen ab 8 Uhr 20 früh, Ludwigshöhe an 8 Uhr 55; Nr. 814: Posen ab 2 Uhr 10 nachmittags, Ludwigshöhe an 2 Uhr 45; Zug 821: Posen ab 4 Uhr 25 nachmittags, Ludwigshöhe an 4 Uhr; Zug 825: Posen ab 7 Uhr 20 abends, Ludwigshöhe an 7 Uhr 55. Die Rückfahrtszüge sind: Zug 814: Ludwigshöhe ab 9 Uhr 10 vormittags, Posen an 9 Uhr 45; Zug 820: Ludwigshöhe ab 3 Uhr 5 nachmittags, Posen an 3 Uhr 40; Zug 822: Ludwigshöhe ab 5 Uhr 45 nachm., Posen an 6 Uhr 20; Zug 826 Ludwigshöhe ab 8 Uhr 45 abends, Posen an 9 Uhr 20. Es sei bemerkt, daß die Züge Wagen 2. bis 4. Klasse führen und vom Offizierspavillon abgehen bzw. dort einlaufen.

Posener Wochenmarktspreise. Auf dem heutigen Freitag-Wochenmarkte zahlte man für das Pfd. Landbutter 2 700 000 M., die Mandel Eier 1 800 000 M., das Pfd. Simburger Käse 1 Million, Kartoffeln 80 000 M., Zwiebeln 800 000—1 Million M., Rhabarber 800 000 M., Spinat 1 200 000 M., Spargel 2½ Millionen, Erbsen 500 000 M., Bohnen 300 000 M., Schweinefleisch 1 300 000 M., Speck 1 200 000 M., das Pfd. Rindfleisch 500 000 M., je eine Zitrone 150 000 M., Apfelsine 250 000 M.

Angewandte Seide. Gestern wurde in der Nähe von Karamowice die schon stark in Verwesung übergegangene Seide eines 60—65-jährigen Mannes aus der Barthe gezogen. Vekleidet war sie mit einem schwarzen Jacketanzug, grauem Mantel, am Halse mit dickem wollenen Schal mit blauen Streifen, schwarzen Schuhen, weißem Hemd mit blauen Streifen, weißen baumwollenen Unterbein-liefern und schwarzem weichen Hut.

Beschlagnahme Diebesbenten. Im 3. Polizeikommissariat an der ul. Brzempstowa (fr. Margaretenstr.) befindet sich ein beschlagnahmtes Fahrrad Marke „Modern“ mit der Nr. 13 870. — Im 5. Polizeikommissariat (Wallischei) wurde ein Mann mit 1½ Kilogramm Tabak angehalten, über dessen rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte.

Diebstahl. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung Plac Romowicki 9 (fr. Königsplatz) 3 Meter schwarze Seide, ein Paar hohe und ein Paar Damenhalbschuhe im Gesamtwerte von 120 Millionen; aus einer Drogerie an der ul. Krzazewskiego 19 (fr. Hebmühlsstr.) Toilettenseifen und sonstige Toiletteartikel, sowie Perlmutter im Gesamtwerte von 2 Millionen; aus dem städtischen Grundstück ul. Wodna 16 (fr. Wasserstr.) ein Glasfenster.

Polizeilich festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages: 7 Veruntreue, 8 Dinen und eine geuchte Person.

Pozanowo, 14. Mai. Am Sonntag früh erhängte sich der 24-jährige Arbeiter Dolata aus Lobs an einer Weide der zur Domäne Golaszahn gehörigen Wiese. Er hatte sich am Tage zuvor vergeblich bemüht, Arbeit zu erhalten.

Sammer, 15. Mai. Am Dienstag fand die Beerdigung des von Mörderhand erschossenen Gastwirts Paul Deberke statt. Die zahlreichste Beteiligung an derselben legte Zeugnis ab von der herablassenden Anteilnahme, die man den durch das furchtbare Verbrechen so früh ihres Vaters beraubten Kindern entgegenbringt. Inzwischen sind verschiedene Verhaftungen erfolgt, so daß zu hoffen ist, daß die verabschiedenswerte Tat ihre gerechliche Sühne finden wird.

Kosten, 15. Mai. Von hier wird dem „Kurier“ gemeldet, daß nachdem die Inhaber eines Schnitz- und Kurzwarengeschäfts, Frau Zuda, gestorben, Kosten jetzt völlig judenrein ist.

Kentomischel, 15. Mai. Durch einen furchtbaren Unglücksfall ums Leben gekommen ist in Dortmund der aus Albertoske stammende Vorarbeiter Otto Schauer. Der Verunglückte war mit seinem Bruder in Dortmund auf einem Bau, der in unmittelbarer Nähe der Eisenbahn liegt, beschäftigt. Als er mit einer Last die Schienen entlang ging, kam ein Zug von hinten und überfuhr ihn so unglücklich, daß er nach Verlauf einer halben Stunde sein junges Leben aushauchen mußte. Mutter und Geschwister, die in Albertoske wohnen, war es wegen der schwierigen Verkehrshältnisse nicht möglich, dem so plötzlich dahingekommenen Sohn und Bruder das letzte Ehrengeleit zu erteilen.

S. Wogorzewo, 15. Mai. Der heutige Jahrmakkt wies genügend Pferde und Kühe auf, die Kauflust war aber gering, trotz dem der Jahrmakkt sehr gut besucht war, und es wurde wenig umgelegt. Die besten Pferde durften rd. 1 Million gebracht haben. Für Kühe wurden bis 600 Millionen gefordert, doch wurden diese Preise nicht angelegt. Auf dem Wochenmakkt war ein großes Angebot an Geflügel; gefordert wurden durchschnittlich etwa: für 1 Huter 15, 1 Gans 9—10, 1 Hahn 4, 1 Ente 4—5, 1 Paar Tauben 2 Millionen. Die Käufer waren aber in Anbetracht der gestiegenen Fleischpreise sehr zurückhaltend. Für Butter wurden 2—2,5, für Eier etwa 1,1 Millionen verlangt, auch hier war die Kauflust nicht groß. Spargel war mit 2 Millionen das Pfund, Rhabarber mit 1 Million das Bündel angeboten. Viele Pflanzen zum Teil schon blühende, waren vorhanden. 1 Schod Kopspflanzen kostete 1 Million, Majoran 2 Millionen, Steckzwiebeln das Pf. 4 Millionen. Kolmarer Steingut war zu niedrigeren Preisen zu haben.

Wienlasten der Schriftleitung.

(Anstalts werden weiteren Briefen gegen Einreichung der Belegquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefe, die Anstalts erfolgt nur nach Anweisung und wenn ein Briefumschlag mit freiermarke beiliegt.)

G. Ar. in J. Da Ihr Sohn nicht auf eine sog. Schülerkarte, sondern auf eine Monatskarte fährt, braucht er unseres Erachtens nicht im Schülerabteil zu fahren, sondern kann jedes Abteil der Klasse benutzen, das die Monatskarte anweist. Wir würden Ihnen empfehlen, sich zur Aufklärung der Angelegenheit beschwerdeführend an die Eisenbahndirektion in Posen zu wenden.

